IMT Nuremberg Archives

H – 705

International Court of Justice

H0705-0002

Notice.

Not to be published until presented before the tribunal in open court and then only that portion actually submitted as evidence.

Ne pas publier avant présentation devant le tribunal en audience publique et seulement la partie réellement versée au dossier.

Nicht zu veroeffentlichen vor Darlegung vor dem Gericht (Tribunal) in oeffentlicher Sitzung und dann nur jenen Teil, welcher tatsaechlich zur Beweisfuehrung uebermittelt wurde.

Не публиковать до того, как представлено на публичном заседании трибунала и только ту часть, которая представлена в качестве доказательства.

H0705-0003

I certify that none of the documents included herein have been denied by the tribunal and that this document book has been examined with the prosecution in accordance with the ruling of the tribunal dated 4 April 1946.

Je certifie qu'aucun des documents ci-inclus n'a été contesté par le Tribunal, et que ce livre de documents a été examiné par le Ministère Public suivant les règles du Tribunal, en date du 4 Avril 1946.

Ich bestaetige, dass keine der hierin enthaltenen Dokumente vom Gerichtshof abgelehnt wurden und dass dieses Dokumentenbuch gemeinsam mit der Anklagevertretung durchgesehen wurde, in Uebereinstimmung mit der Entscheidung des Gerichtshofes vom 4. April 1946.

F. Seidl

Signature of Counsel

Signature de l'Avocat

Unterschrift des Verteidigers

H0705-0004

Polizeibesprechung im Belvedere zu Warschau am 25. Januar 1943.

Seite 1, 2

Niederschrift über die Polizeibesprechung am 25. Januar 1943 im Belvedere zu Warschau.

G e h e i m

Beginn der Sitzung: 1o Uhr.

Anwesend: die in der beigefügten Anwesenheitsliste aufgeführten Sitzungsteilnehmer; Präsident Struve und Präsident Dr. Ohlenbusch werden erst im Laufe der Sitzung zugezogen.

Die Niederschrift enthält nur stichwortartige Auszeichnungen; im einzelnen wird auf die gleichzeitig aufgenommene stenografische Niederschrift verwiesen.

Der Herr Generalgouverneur eröffnet die Sitzung um 1o Uhr.

Der Höhere SS- und Polizeiführer im Generalgouvernement und Staatssekretär für das Sicherheitswesen, General der Polizei K r ü g e r erstattet einen eingehenden Bericht über seinen gesamten Arbeitsbereich, I n einzelnen werden behandelt:

a) Die Sicherheitslage des Generalgouvernements,

b) Die Mitwirkung der Polizeikräfte bei der Arbeitserfassung,

c) die Polizeidienstpflicht,

d) die auf Befehl des Reichsführers SS durchgeführte Grossaktion zur Erfassung asozialer Elemente,

e) die Judenevakuierung,

f) die Tätigkeit des Beauftragten des Reichskommissars für die Festigung deutschen Volstums, insbesondere die Ansiedlung von Volksdeutschen im Distrikt Lublin, Kreishauptmannschaft Zamose und die Binnenumsiedlung.

Der Herr Generalgouverneur stellt fest, dass die Durchführung der Grossaktion zur Erfassung der asozialen Elemente ihm nicht vorher bekanntgegeben worden sei. Dieses Verfahren stehe im Widerspruch zu dem Erlass des Führers vom 7. Mai 1942, wonach vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS und Chef der Deutschen Polizei der Staatssekretär für das Sicherheitswesen das Ein-

verständnis des Generalgouverneurs festzustellen habe. Staatssekretär Krüger erklärt, es habe sich um eine Geheimweisung gehandelt, die schlagartig durchgeführt werden sollte. Im übrigen habe er bereits von sich aus den Reichsführer SS gebeten, die laufende Aktion zu stoppen und von weiteren Aktionen dieser Art Abstand zu nehmen. Er sagt ferner ausdrücklich zu, in Zukunft dem Führererlass entsprechend vor dem Vollzug von Weisungen des Reichsführers SS den Herrn Generalgouverneur zu unterrichten. .....

H0705-0005

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1943, E. v. 26. Januar 1943,
Seite 14

W i r t s c h a f t s s i t z u n g
im Schloss Belvedere zu Warschau. Dienstag, den 26. Januar 1943.

Teilnehmer:

Generalgouverneur Dr. F r a n k ,
Staatssekretär Dr. B ü h l e r ,
Staatssekretär Dr. B ö p p l e u. a. .....

Seite 14

Staatssekretär Dr. Bühler geht sodann auf die Frage ein, ob es möglich sei, einen Ernährungsplan durchzuführen, der die Ausschaltung eines Teiles der einheimischen Bevölkerung von der Lebensmittelversorgung vorsehe. Von seiten der Gouverneure wie der Polizei und auch der Partei sei übereinstimmend zum Ausdruck gebracht worden, dass man eine Verantwortung für diese Massnahme nicht zu übernehmen vermöge.

Generalgouverneur Dr. Frank stellt fest, dass er sich auf keinen Fall dazu hergeben werde, 2 Millionen Menschen verhungern zu lassen. Dafür könne und werde er die Verantwortung nicht übernehmen.

Präsident Naumann geht zunächst darauf ein, dass im Reich bei vielen Dienststellen offenbar immer noch die Auffassung bestehe, im Generalgouvernement sei es möglich, sich Nahrungsmittel in nennenswertem Umfange auf schwarzem Wege zu beschaffen. Deshalb sei es nach Ansicht mancher Dienststellen im Reiche des Generalgouvernements möglich, auch weiterhin grössere Leistungen für das Reich aufzubringen. Es müsse demgegenüber von vornherein unterstellt werden, dass die Erfassung im Generalgouvernement bis an die äusserste Grenze gegangen sei. Diesen Standpunkt verträten auch sämtliche Gouverneure und Kreishauptmänner, und einfache Erwägungen auf Grund der Ertragslage liessen diese Meinung

H0705-0006

als vollberechtigt erscheinen. Bei Getreide und Zuckerrüben z. B. sei die Erfassung loo % ig gewesen. Wenn man die Ernte des nächsten Jahres nicht gefährden wolle, sei die Möglichkeit einer Erfassung nicht gegeben. Trotzdem seien vom Reiche wieder neue Forderungen angemeldet worden.

Generalgouverneur Dr. Frank wendet sich mit Entschiedenheit gegen diese vom Reich wieder neu gestellten Forderungen und erklärt, dass er unter den gegebenen Verhältnissen keine Tonne Getreide mehr abliefern werde.

H0705-0007

Franks Tagebuch, Arbeitssitzungen 1943 E.v.26.Januar 1943

Seite 43.44.45

A r b e i t s s i t z u n g

im Schloss Belvedere zu Warschau am 26. Januar 1943.

Thema: 1. Clearing und Haushaltswesen

2. Verkauf von Ruestungswerken

3. Werke des Generalgouvernements

4. Ernaehrungssituation
Ablieferungen an das Reich -Spritforderung

Teilnehmer:
Generalgouverneur Dr. Frank
Staatssekretaer Dr. B u e h l e r
Staatssekretaer Dr. B o e p p l e u. . . . . .

Seite 43

Praesident Dr. Senkowsky bemerkt, dass Praesident Kehrl Antwort binnen kuerzester Frist erwarte und wissen wolle, ob das Generalgouvernement Kartoffeln oder Sprit zu liefern in der Lage sei.

Generalgouverneur Dr. Frank lehnt es ab, sich ueberhaupt in eine Debatte ueber diese Frage einzulassen, und betont, dass diese Forderung fuer ihn vorlaeufig nicht existiere.

Generalgouverneur Dr. Frank gibt zur Kenntnis, dass er erst dann zu dieser Spritforderung Stellung nehmen werde, wenn an ihn ein amtliches Schreiben darueber gelangt sei. Er habe dem Reichsmarschall geschrieben, dass es ihm angesichts der erwaehnten Umstaende nicht moeglich sei, das dem Generalgouvernement auferlegte Soll unter den jetzt gegebenen Voraussetzungen zu erfuellen. Der Reichsmarschall wisse also, dass eine weitere Lieferung ueber das hinaus, was man bisher uebernommen habe, ebenso unmoeglich sei wie schon jetzt die voellige Erfuellung des dem Generalgouvernement auferlegten Solls.

H0705-0008

Generalgouverneur Dr. Frank weist Praesident Naumann nochmals an, zunaechst nichts mehr an das Reich zu liefern, solange die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen seien. Andererseits durfe aber nicht der Anschein einer Weigerung gegenueber dem Reich erweckt werden. Er werde gegebenenfalls den Notstand deklamieren und erklaeren, dass auf keinen Fall mehr geleistet werden koenne, wenn man die Ernaehrungsmoeglichkeiten des Generalgouvernements aufrecht erhalten wolle. Der unguenstige Fall sei der, dass der Reichsmarschall unbedingt auf weiteren Lieferungen bestehe, dann muessten erneut Verhandlungen eingeleitet werden. Er ersuche also die beteiligten Stellen, die absolut an seine Weisung zu halten, die dahin gehe dass bis zur Entscheidung des Briefwechsels mit weitern Ablieferung an das Reich gewartet werde.

H0705 - 0009

A r b e i t s s i t z u n g

im Koenigssaal der Burg zu K r a k a u, Mittwoch, den .

14. April 1943.

Thema: Ernaehrungslage der fremdvoelkischen Bevoelkerung im Generalgouvernement.

Seite 39

Der Herr Generalgouverneur fasst abschliessend das Ergebnis der Beratung zusammen. Er fuehrt dabei aus: Der Sitzung habe nicht so sehr ein markantes Ernaehrungsproblem zugrunde gelegen als vielmehr das gesamte politische Problem des Verhaeltnisses des Deutschen Reiches zu den besetzten Gebieten ueberhaupt, insbesondere zum Generalgouvernement, wie das Verhaeltnisses des deutschen Volkes als Rassekoerpers zum polnisch - fremdvoelkischen Volkstum.

Neben den Aufgaben der Siegessicherung haetten heute noch mitten im Kriege die Volkstumsauseinandersetzungen zu treten. Aber ohne RUECKSICHT DARAUF, WAS IN DIESER Beziehung auch geschehen moege, muesse man doch .

H0705 – 0010

versuchen, den Belangen des polnischen Volkstums irgendwie zu entsprechen.

Die Forderungen, die das Reich an das Generalgouvernement auf dem Gebiet der Ernaehrung gestellt habe, seien ungewoehnlich uebersetzt. Sie seien ohne jedes irgendwie geartetes Verstaendnis fuer den Leistungsstand des Generalgouvernements erhoben worden. Trotz Darlegung der durch diese ueberhoehten Forderungen entstandenen Notsituation des Generalgouvernements wuerden diese Forderungen vom Reich unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Steigerung des Ruestungspoentals weiter gestellt. Dadurch trete nun eine fortgesetzte innere Verschlechterung der Nahrungssituation des Generalgouvernements ein.

H0705 - 0011

T a g u n g

des Kriegswirtschaftsstabes und Verteidigungsausschusses am 22. Sept. 1943 im Königssaal der Burg zu Krakau.

Seite 2

..... Ich habe im Laufe der letzten Monate unter den schwersten und sinnlosesten Kämpfen den Grundsatz durchführen müssen, dass man den Polen endlich einmal eine ausreichende Ernährung zukommen lässt. Sie können ja die törichte Einstellung der Minderbewertung der uns unterworfenen Völker, und zwar in einem Augenblick, in welchem die Arbeitskraft dieser Völker, eine der wesentlichsten Potenzen unseres Siegringens darstellt. Dass ich gegen diesen Wahnwitz anging, der dem deutschen Volke schwersten Schaden zugefügt hat, trug mir persönlich, vielen Männern meiner Regierung und vielen von Ihnen den Vorwurf der Polenfreundlichkeit oder Weichheit den Polen gegenüber ein. Man hat sich jahrelang nicht gescheut, meine Regierungsarbeit in diesem Raum mit den schmutzigsten Argumenten dieser Art zu verfolgen und hinterrücks die Erfüllung dieser Aufgaben zu stören. Heute stellt sich sonnenklar heraus, dass es ein Wahnsinn ist, Europa aufbauen zu wollen, gleichzeitig aber die europäischen Völker mit Schikanen sondergleichen zu verfolgen. Als ich am 9. Mai d. J. dem Führer in genau dem gleichen Ton Vortrag über die Dinge erstattete und ihm offen darlegte, wie die Lage ist, sagte mir der Führer: Fahren Sie nur so fort, sie sind auf dem absolut richtigen Wege. Ich spreche also im Namen der höchsten Autorität des Reiches und dieses Raumes.

Der Ernst der Lage zwingt dazu, zu bekennen, dass mit der Einstellung die uns Deutsche mitten im Kriege in eine Kampflage gegenüber den Fremdvölkischen bringen sollte, gebrochen werden muss. Es ist ganz offensichtlich, wir haben zunächst dafür zu

H0705-0012

sorgen, dass die lo Millionen und die anderen 4 Millionen Fremdvölkischer, die wir im Lande haben, unter allen Umständen in Ruhe, Sicherheit und guter Ernährung für Deutschland zu arbeiten haben, sie haben in den Fabriken, in den Transportanlagen und auf den Feldern zu arbeiten. Was diesem Ziel dient, ist richtig; was sich diesem Ziel entgegenstellt - und mögen es noch so weltanschaulich, rassepolitisch oder sonstwie begründete Gesichtspunkte sein - hat in diesem Raum zu unterbleiben. Es ist nicht möglich, dass man jetzt Tausende und Abertausende Deutscher unter Zwang hier einsiedelt und damit ganze Gebiete dieses Raumes in eine wahnsinnige Unruhe stürzt. Ich muss auch als Reichsverteidigungskommissar sagen: es ist ein schwerer Kampf gewesen, bis man die massgebenden Instanzen dazu gebracht hat, von diesem Unternehmen der Zwangseinsiedlung und - umsiedlung endlich Abstand zu nehmen, als schon die Katastrophe über diesen Raum hereinzubrechen drohte.

H0705 – 0013

Seite 41

General der Polizei SS-Obergruppenführer von dem Bach-Zelewski führt aus: es ist das Recht einer kämpfenden Truppe, die Gesamtlage nach dem Frontabschnitt zu beurteilen, an dem die Truppe gerade kämpft. Wir wissen, dass die Truppe, die im Hauptkampf lie t, wenn sie Erfolge hat, optimistisch ist, dass die Truppe, die den Hauptstoss des Gegners auszuhalten hat und sich mühselig hält, die Gesamtlage vielleicht als schlechter ansieht, als das wirkliche Bild ist, das die oberste Truppenführung hat, bei der alle Fäden zusammenlaufen.

In der gesamten Bandenbekämpfung Europas führe ich die Zentrale bei der alle Meldungen über sämtliche Banden in Europa eingehen. Ich nehme für mich in Anspruch, vielleicht das klarste Bild sowohl über die Bandentätigkeit als auch über unsere eigenen Kräfte zu haben. Und auf die Gefahr hin, dass mich die einzelnen Betriebsleiter steinigen, muss ich doch sagen: ich wünschte, überall wären die Gebiete, für die ich im Auftrag des Reichsführers mit verantwortlich bin, so restlos befriedet wie das Generalgouvernement. Ich muss das einmal ganz offen aussprechen. Das Generalgouvernement macht mir in dieser Richtung die wenigsten Sorgen, auch dem Führer und dem Reichsführer SS. Ich kann mir das nur so erklären, - und ich bitte, das nicht als Schmeichelei aufzufassen, - dass hier eben die grosse Linie der Politik richtig war und dass hier Männer am Ruder sind, die auch die Nerven haben, schwere Zeiten durchzustehen. Darauf allein kommt es an.

H0705 - 0014

Seite 42

Die meisten der Herren, die hier gesprochen haben, - vielleich mit Ausnahme des Herrn Vertreters des Wehrkreisbefehlshabers - haben, wenn das auch berechtigt sein mag, nur ihre eigene Sparte gesehen, wie ich ja auch nur die Bandenbekämpfung sehe, was mein gutes Recht ist. Massgebend für die gesamte Bandenbekämpfung in Europa ist natürlich die gesamte politische Lage und vor allem die gesamte Frontlage. Die können Sie im einzelnen nicht so beurteilen wie es bei uns in der Zentrale möglich ist, in der alles systematisch ausgewertet wird. Jeder kleine Rückschlag an irgendwelcher Front macht sich sofort negativ bemerkbar, und das ist psychologisch verständlich. .....

Seite 44

..... So gibt es denn für die verantwortlichen Stellen nur die eine Frage: wie befriede ich das Gebiet mit den vorhandenen Mitteln? Welche Mittel zur Verfügung stehen, bestimmen der Führer und seine Organe beim OKW oder beim Reichsführer SS. .....

Seite 46

..... Ich bin der Überzeugung, dass man im Grunde genommen, keinen Raum nur mit Polizei und Wehrmacht schützen kann. Das gibt es auf der ganzen Welt nicht, weder in Kroatien, noch in Serbien, noch in Frankreich. In erster Linie wird ein Raum durch politische Massnahmen befriedet, und Wehrmacht wie Polizei können diese Massnahme nur unterstützen. .....

H0705 - 0015

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 2,3,4,5
Bijtragungen vom 6.3.1944

Besprechung mit Landesgerichtsdirektor Wilden in Gegenwart des Präsidenten Dr.von Craushaar.

H0705 - 0016

Seite 41

Der Herr Generalgouverneur beendet die Regierungssitzung mit folgenden Worten:

Eine der wesentlichsten Folgen der heutigen Sitzung - denn wir alle spüren, dassdie Dinge reif geworden sind - wird die sein, dass ich mit allem Nachdruck den Erfahrungssummierungen die wir auch heute wieder formuliert erlebt haben, beim Reich zum Durchbruch verhelfen werde. Gerade insbesondere auf dem Gebiet der Polenpolitik ist die Feststellung interessant, wie wir uns in dieser Sitzung völlig einig sind, über die Grundsetzung der Behandlung des fremdvölkischen Elements in diesem Raum,wegen deren teilweise versuchsweisen Anwendung nicht nur ich persönlich, sondern Sie fast alle, immer wieder vom Reich und den Reichszentralen den Vorwurf einstecken müssen, dass wir zu polenfreundlich wären, zu wenig bedächten, und dass nur die scharfe, harte Faust allein die richtige Metholde wäre. Ich glaube, es waren 3 1/2 Jahre eines fast märtyrerhaften Ringens um die Durchsetzung unserer Anschauung.

H0705 – 0017

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1943 E.v.22.Juli 1943
Seite 43 - 77

R e g i e r u n g s s i t z u n g
am Donnerstag, dem 22.Juli 1943, 11 Uhr, im Königssaal der Bur

Seite 46

Nach Eröffnung der Sitzung ergreift zunächst Generalgouverneur Reichsminister Dr.Frank das Wirt zu folgenden Ausführungen: .....

Seite 57

Die Strukturform des Generalgouvernements hat viel Missverständnis gefunden und hat uns in den letzten 3 Jahren eine Fülle von Vorwürfen eingebracht, etwa der Gestalt, dass wir hier eine Art abgesonderten Eigenlebens gegen das Reich zu führen gedächten, so eine Art Königreich Polen aufrichten wollten, dass wir absolut reichsfeindlich wären, dass wir hier gegen die Interessen einer einheitlichen Führung des Reiches verstossen würden usw., - dieses ganze Gezücht von Gerüchtemacherei, von elenden Verleumdungskampagnen gegen uns, gegen unser W rk und gegen die Ziele unseres Wirkens ist jämmerlich zusammengebrochen . . . .

... Besonders schwierig war für uns in diesem Jahre ganz allgemein auch die Umsiedlerfrage. Ich kann Ihnen die erfreuliche Mitteilungmachen, dass die Umsiedlung im allgemeinen restlos für die Dauer des ganzen Krieges eingestellt ist. ....

.... Was die Industrieverlagerung angeht, so befinden wir uns auf vollen Touren, die jetzt gerade angelaufen sind, Wie Sie wissen, - ich selbst lege das grösste Gewicht darauf - , haben wir für das Reich diese Not zu beseitigen und wir übernehmen nun in den kommenden Monaten grosse, mit international bedeutsamen Namen versehene Industriekompkexe ins Generalgouvernement.....

..... Beachtlich aber ist bei dieser Frage die uns dadurch aufgezwungene fast völlige Umstellung der Struktur des

H0705-0018

Generalgouvernements. Während wir bislang immer noch als ein Land figurierten, das für die Versorgung des Reiches mit Arbeitern und als Agrar- und Nahrungsland Europas in Betracht kam, werden wir binnen kurzem eines der wichtigsten Industriegebiete Europas werden. Ich erinnere an Namen wie Krupp, Heinkel, Henschel, deren Betriebe ins Generalgouvernement kommen werden. Mit den bereits vorhandenen und ausgebauten Industrien wird diese Strukturänderung des Generalgouvernements einen gewaltigen Umfang annehmen. Was mit dieser Industrieverlagerung ins Generalgouvernement noch alles an Einzelfragen zusammenhängt, das können Sie sich selber als praktische Menschen vorstellen: Eine Fabrik die irgendwo in die Gegend von Warschau zieht, braucht Gas, Strom, Kohle, Wasser, Nahrung und Wohnung für die Arbeiter; das alles muss aufgebracht, gebaut, geschaffen werden. Es wird aber ebenso wie der Ausbau der Ostbahn doch unmittelbar der Potenz unseres Raumes in jeder Form entsprechen. Ich bin glücklich über diese Entwicklung und dankbar dafür, dass wir unserem Vaterlande, das in seinen westlichen Teilen der schwersten Prüfung unterworfen ist, diese Ausweichstellung geben können. Ich darf die Herren bitten, an diesem Problem aufs engste mitzuarbeiten.

Seite 77

Staatssekretär Dr. Böpple stellt das gute Voranschreiten der Arbeit in allen Ressorts fest .....

.... Er könne im Namen der Regierung feststellen, dass das Verhältnis der Reichsstellen zum Generalgouvernement besser geworden sei. Alle Regierungsmitglieder seien sich klar darüber, dass sie diese Entwicklung dem unentwegtem Beharren des Herrn Generalgouverneurs auf einer klaren Linie zu verdanken hätten...

H0705 - 0019

Franks Tagebuch, Regierungssitzungen 1943 E.v. 26.Okt.1943
Seite 79 - 150

Seite 79

R e g i e r u n g s s i t z u n g

im neuen Regierungssaal der Burg am 26.Oktober 1943.

Seite 80

Der Herr Generalgouverneur eröffnete die Regierungssitzung aus Anlass des vierten Jahrestages des Generalgouvernements mit folgenden Begrüssungsworten: .....

Seite 81

Sie, Herr Staatssekretär, haben uns zur Entgegennahme einer Erklärung der Regierung des Generalgouvernements eingeladen. Ich bitte Sie, diese Erklärung abzugeben.

Der Chef der Regierung des Generalgouvernements Staatssekretär Dr.Bühler verliest dann einen grossen Rechenschaftsbericht über die Arbeit und die Leistungen des Generalgouvernements im Dienste des Krieges und des Reiches .
(Siehe Anlage)

H0705 – 0020

4 Jahre Generalgouvernement

Einleitung: Historischer Rückblick.

Das Generalgouvernement blickt am heutigen Tage auf sein 4 - jähriges Bestehen zurück. Am 26.Oktober 1939 trat der Erlass des Führers über die Verwaltung der besetzten polnischen Gebiete vom 12.Oktober 39 in Kraft, dem das Generalgouvernement sein Entstehen verdankt. Als an den Herrn Generalgouverneur damals der Auftrag des Führers erging, die von den deutschen Truppen besetzten Gebiete der ehemals polnischen Republick in die Verwaltung des Reiches zu übernehmen, da stand von vorneherein eines fest:

Es galt, den von der deutschen Wehrmacht in der bewundernswerten militärischen Leistung des Feldzuges der 18 Tage unter schweren Blutopfern eroberten Raum in Besitz zu nehmen, ihn von den Kriegsschäden zu heilen und baldmöglichst einer Neuordnung zuzuführen, deren Früchte dem Reiche zugute kommen konnten.

Das Erbe, das hier angetreten ward, war schwer genug. Die polnische Republick, eine künstliche Schöpfung des Versailler Diktats, hatte es nicht verstanden, die Kräfte des Landes sinnvoll zu entfalten. Der jähe Zusammenbruch von 1939, der der Herausforderung der deutschen Waffen folgte, hinterliess ein völlig desorganisiertes Staatswesen. Der Weg von diesem Chaos zu dem heutigen Entwicklungsstand ist ein Weg angestrengster Arbeit, opfermutigen Einsatzes und unbeirrbaren Glaubens.

Herr Generalgouverneur! Sie haben mir den Auftrag erteilt, in einem Regierungsbericht Rechenschaft über die Leistung der deutschen Verwaltung in den nunmehr verstrichenen 4 Jahren zu geben. Das Material, das mir zu diesen Zweck von den Leitern der Hauptabteilungen und Ämter der Regierung des Generalgouvernements sowie von den Gouverneuren der Distrikte zur Verfügung gestellt worden ist, ist so umfassend und so reichhaltig, dass

H0705-0021

Seite 92

es für immer zu einem der schönsten Dokumente der Verwaltungsgeschichte dieses Raumes gehören wird. Es ist mir nicht möglich, es auch nur annähernd völlständig hier zur Darstellung zu bringen. Ich konnte es nur in grossen Zügen auswerten und muss mich darauf beschränken,die wichtigsten Daten und Zahlen herauszugreifen.....

Seite 110

II. 2.Gerechte Herrschaft über die einheimische Bevölkerung.

a) Die deutsche Verwaltung im Generalgouvernement hat sich, so sehr sie die Verwurzelung deutscher Elemente in ihrem Raum gefördert hat, doch in keinem Augenblick zu einer kurzsichtigen Politik des Hasses und der Ausrottung der fremden Bevölkerung hinreissen lassen. Hierzu konnte weder das Ziel ein geeinigtes Europa durch die Ausschaltung der plutokratisch, - jüdischen-bolschewistischen Weltmächte zu erkämpfen eine Veranlassung geben, noch auch die Erwartungen, die von den deutschen Verwaltungsstellung an eine loyale und freiwillige Mitarbeit der fremden Bevölkerung (für eine erzwungene Arbeit fehlt bisher eine ausreichende Exekutive) geknüpft wurden. Was allein zur Beseitigung der Schäden des bolschewistischen Regimes, das der Distrikt Galizien über sich hatte ergehen lassen müsse, geschehen ist, lässt die Einstellung der deutschen Verwaltung hinreichend erkennen. Durch die Reprivatisierungsverordnungen wird systematisch Schritt für Schritt das Unrecht wieder gutgemacht, das in jener Schreckenszeit über die Bevölkerung hereingebrochen war. So hat heute der Herr Generalgouverneur als dritte Reprivatisierungsverordnung die Verordnung über die Wiederherstellung des während der Sowjetherrschaft in Galizien entzogenen Privateigentums an Hausgrundstücken und gewerblich genutzten Grundstücken vollzogen .....

H0705 – 0022

Seite 111

.....Im Gegensatz zu der Assimilierungspolitik der Regierung der ehemaligen polnischen Republick werden heute im G neralgouvernement auch keine Versuche unternommen, den hier lebenden Volksgruppen ein ihnen fremdes Volkstum aufzudrängen. Es wird im Gegenteil eine klare Scheidung der einzelnen Volksgruppen voneinander vorgenommen, so dass sich jeder zu dem Volkstum bekennen kann, dem er durch die Bande des Blutes verbunden ist.

b) Darüber hinaus findet eine weitgehende Heranziehung der nicht deutschen Bevölkerung zur Mitarbeit an der Verwaltung, namentlic in den unteren Behörden statt. Herausgehobene Posten bekleiden Nichtdeutsche in den Stellen der Dorfschulzen, der Vögte, der Bürgermeister sowie in v rschiedenen technischen Berufen, wie Ärzte, Tierärzte, Agronomen usw. 7200 nichtdeutsche Bedienstste sind insgesamt in der Steuerverwaltung tätig. Die Deutsche Post Osten beschäftigt 26 000 nichtdeutsche Kräfte, im Bereich der technischen Verwaltung werden 6 440, von der Ostbahn schliesslich über 145 330 Nichtdeutsche beschäftigt, die die ihnen übertragenen Pflichten loyal und zufriedenstellend erfüllen.

In diesem Zusammenhang interessiert auch die schon erwähnte nichtdeutsch Gerichtsbarkeit, die dem Grundsatz Rebhnung trägt, an der Rechtsfindung für die einheimische Bevölkerung dieses Raumes weitgehend Richter ihres Volkstums zu beteiligen.

c) Auch auf kulturellem Gebiet wird die überkommene Eigenart der Völker dieses Raumes gepflegt.

Um nur einige Beispiele herauszufgreifen:.....

..... Bis 1943 wurde für 438 polnische Bücher und Kalender mit einer Auflage von 4,8 Millionen sowie für 338 ukrainische Bücher aller Art mit einer Auflagehöhe von 2,5 Millionen die Genehmigung erteilt.

Die fremdsprachige Presse des Generalgouvernements liess weite Kreise des einheimischen Volkstums an dem Tagesgeschehen teilnehmen.....

H0705-0023

Seite 113

..... Im nichtdeutschen Schulwesen wurde vor allem der Volksschule als der elementaren Vorstufe des Berufschulwesens alle Beachtung geschenkt. In kürzester Zeit sind für 1,5 Mill. polnischer Kinder rund 9 000 polnische Volksschulen aufnahmefähig hergerichtet und rund 23000 polnische Lehrer eingesetzt worden. Trotz mannigfacher Schwierigkeiten sind diese Schulen nicht nur äusserlich erhalten geblieben, sondern aus kriegsbedingten Anfängen heraus weiter entwickelt worden, so dass sie heute den natürlichen Bildungsaufgaben einer polnischen Volksschule voll und ganz entsprechen. Die polnische Volksschule wird, wie es ihrer Umgebung entspricht, als Bauernschule oder als Schule der Grossstadt den in ihr Erzogenen ein ausreichendes elementares Wissen und praktisches Können mitgeben.

Das ukrainische Volksschulwesen, vo dem bei der Gründung des Generalgouvernements nur schwache Spuren zu erkennen waren, ist der Stärke des ukrainischen Bevölkerungsteiles entsprechend neu aufgebaut worden. Zur Zeit gibt es für rund 600 000 ukrainische Volksschüler 4 500 Volksschulen, in denen mehr als 1 000 Lehrkräfte in ihrer Muttersprache unterrichten.

Einebesondere Bedeutung kommt dem nichtdeutschen berufsbildenden Schulwesen zu, soweit es der Charakter dieser Schulen erlaubt,sind sie in die kriegs- und lebensnotwendige Produktion einbezogen werden, ebenso wie das landwirtschaftliche Schulwesen, das einen besonderen Ausbau erfahren hat. Fasst in jedem Kreis besteht eine niedere Landwirtschaftsschule für Jungen, viele Kreise besitzen auch eine solche für Mädchen.

Praktischen und von der Notwendigkeit des Krieges diktierten Erwägungen entsprang auch der Versuch, höherwertige Fachkurse zur Ausbildung eines nichtdeutschen Nachwuchses einzurichten. So wurden medizinische, naturwissenschaftliche, tierärztliche, forstliche, landwirtschaftliche und technische Fachkurse geschaffen.

H0705 – 0024

Seite 114

Eine stattliche Anzahl von Ärzten, Tierärzten, landwirtschaftlichen Betriebsführern usw. konnte bereits von der Verwaltung des Generalgouvernements nutzbringend eingesetzt werden.

d) Hinsichtlich der gesundheitlichen Betreuung der einheimischen Bevölkerung steht die Seuchenbekämpfung an erster Stelle. Zur Fleckfieberbekämpfung sind seit dem Beginn der deutschen Verwaltung weit über 100 Seuchenkrankenhäuser neu errichtet worden. Zahlreiche feste Entlausungsanstalten wurden neu erbaut, über tausend transpotable Entwesungskammern wurden zusätzlich aus dem Altreich in das Generalgouvernement eingeführt. So stehen z.B. im Distrikt Warschau gegenwärtig 254 Entlausungsanstalten mit einer Tageskapazität von 27 800 Personen zur Verfügung. Vor der Errichtung des Generalgouvernements waren lediglich 15 Anstalten mit einer Tageskapazität von 1790 Personen vorhanden. In allen Kreisen sind Entwesungstrupps an der Arbeit, die verlausten Personen, Wohnungen, Einrichtungsgegenstände, Kleider, Wäsche usw. zu entwesen und die notwendigen Desinfektionen bei Infektionskrankheiten vorzunehmen. Die Fleckfieberimpfstoffproduktion wird laufend gesteigert. Neuerdings wird Fleckfieberimpfstoff ausser in dem Warschauer staatlichen Institut auch in dem Fleckfieberinstitut der Behringwerke in Lemberg, das im Monat Dezember 1942 durchden Herrn Generalgouverneur eröffnet wurde, in grossem Ausmass hergestellt. Durch diese planmässige Bekämpfung des Fleckfiebers ist es geglückt, diese gefährlichste Seuche niederzuhalten. Während 1942 noch ca. 90 000 Einwohner an Fleckfieber erkrankten, waren es in den ersten 34 Wochen des Jahres 1943 nur noch 21 000.

Eine kaum weniger gefährliche Seuche, die im Generalgouvernement ebenfalls im Verhältnis zum Reich sehr verbreitet ist, ist der Bauchtyphus. Durch Verordnung des Herrn Generalgouverneurs ist die zwangsweise Schutzimpfung

H0705-0025

Seite 115

aller Bewohner des Generalgouvernements eingeführt worden. Die Erfahrungen des Heeres im Weltkrieg lassen mit grösster Sicherheit erwarten, dass durch diese allgemeine Impfung der Typhus weitgehend eingedämmt wird.

Zu den gefährlichen Seuchen ist weiterhin die stark verbreitete ägyptische Augenkrankheit, das Trachom, zu nennen. Schwere Fälle von Trachom-Erkrankungen werden in besonderen Trachemkrankenhäuser auf Staatskosten behandelt und geheilt. auch diese Seuche wird in absehbarer Zeit endgültig beseitigt sein.

Wegen der teilweise unmöglichen hygienischen Zustände im Generalgouvernement musste es sich die Hauptabteilung Gesundheitswesen angelegen sein lassen, an allen Orten ein gutes, hygienisch einwandfreies Trinkwasser zu schaffen. Die hierzu notwendigen Arbeiten werden in dem Institut für Orts- und Siedlungshygiene geleistet.

Die Arbeit der deutschen Verwaltung auf dem Gebiet des Krankenhauswesens wird am besten durch folgende zahlenmässige Gegenüberstellung der in den Jahren 1940, 1942, und 1943 im Generalgouvernement vorhandenen Krankenhäuser beleuchtet. Es waren im Generalgouvernement vorhanden:

1940	ohne Galizien	128 Krankenhäuser	mit	17 000 Betten
1942	" "	156 "	"	" 24 537 Betten

durch die Eingliederung Galiziens kamen
92 Krankenhäuser mit 10 700 Betten hinzu.
1943 bestehen insgesamt:
276 Krankenhäuser mit rd. 40 000 Betten für Nichtdeutsche und
4 Krankenhäuser mit 1 000 Betten für Deutsche.

H0705 - 0026

..... Den Opfern der Arbeit hilft die polnische Sozialversicherung. Sie wurde in allen Zweigen der Kranken-, Unfall-, Invaliden - und Angestelltenver icherung fortgeführt. Durch Barzuwendung und einen neu organisierten ärztlichen Dienst mit nahezu 2 000 Ärzten hat die Sozialversicherung weiter Kreise der polnischen Bevölkerung vor bitterer Not bewahrt. Besonders Fürsorge aus den Mitteln der Sozialversicherung erhalten die Familienangehörigen der im Reich tätigen Arbeiter sowie die Arbeiter selbst, wenn sie infolge Krankheit oder Unfall ins Generalgouvernement zurückkehren.

Neben der Sozialversicherung, die die Opfer der Arbeit betreut,ist eine umfangreiche Militärversorgung zur Betreuung der Opfer des Krieges aufgebaut worden. Mit einem Jahresaufwand von über 70 Mill. Zloty werden über 7o 000 nichtdeutsche Kriegsbeschädigte und Hinterbliebene versorgt.

f) Die Behörden des Generalgouvernements, insbesondere die Personalverwaltungen der Regierung, der Ostbahn und der Deutschen Post Osten haben alle Anstrengungen gemacht, um den nichtdeutschen Dienstangehörigen ihren und ihrer Familienmitglieder Unterhalt zu ermögliche, zumal die Gehälter sich aus kriegsbedingten Gründen auf einer an sich niedrigen Höhe halten müssen. Durch Einrichtung von Gemeinschaftsküchen Konsumverein, wie z.B. im Distrikt Warschau, Schaffung einer regelmässigen Mittagsverpflegung in fast allen Dienststellen, wurden die Lebensbedingungen der nichtdeutschen Dienstangehörigen entscheidend verbessert.

g) Nach mühevoller Aufbauarbeit im landwirtschaftlichen Bereich ist es der deutschen Verwaltung neuerdings gelungen, die Lebensmittelversorgung der einheimischen Bevölkerung so zu gestalten, dass der arbeitende Fremdvölkische nicht

H0705-0027

Seite 117

mehr genötigt ist, in zeitraubenden Bemühungen seine und seiner Familie Versorgung auf dem freien Markt zu befriedigen. Er wird aber auch weiterhin das Bemühen der Regierung sein, den fremden Arbeiter durch geregelte Zuteilung seiner Versorgungsgüter und sonstige Einrichtungen zu befähigen, seine Arbeitskraft voll und ungeschmälert dem deutschen Aufbauwerk zur Verfügung zu stellen. Sind diese äusseren Voraussetzungen geschaffen, so wird es um so leichter sein, denjenigen auszumerzen, der seine Arbeitskräft nicht zur Verfügung stellt oder gar gegen die deutschen Interessen sich betätigt.

Nach 4 Jahren Verwaltung des Generalgouvernements besteht jedenfalls durchaus Veranlassung, den nichtdeutschen Dienstangehörigen dieser Verwaltung Anerkennung für ihre Dienste auszusprechen. .....

Seite 119

..... c) Daneben hat sich das Generalgouvernement nach Kräften in den Dienst der Kriegsrüstung des Reiches gestellt. Wenn auch aus erklärlichen Rücksichten hierzu kein umfassendes Zahlenmaterial gegebenwerden soll, so zeigt doch allein das Beispiel des Kistrikts Warschau welche Anstrengungen auf diesem Gebiet des Ausbaues der Kriegsproduktion gemacht worden sind:

Es gab in Distrikt Warschau Mitte 1943 bereits 31 grosse W-Betriebe und weitere 43 vom Rüstungskommando beaufsichtigte Betriebe. Die Belegschaft der Rüstungsfabriken ist von 1 600 Mann 1939 auf 65 000 Mann 1943 gestiegen. Der Auftragsbestand, der Ende 1939 nur 19,8 Millionen Zloty betrug, machte Mitte 1943 bereits 480 Millionen Zloty aus.

H0705 – 0028

Seite 123

Ich darf nun zu dem dritten Teil meines Berichtes übergehen und

III die Entwicklung des Wirtschaftslebens in den vergangenen 4 Jahren

behandeln.

1. Ernährung und Landwirtschaft

Eine Rückschau auf die vierjährige Aufbauarbeit auf dem Gebiete der Ernährungs- und Landwirtschaft zeigt ein in jeder Beziehung erfreuliches Bild. Mit Hilfe einer straffen Führungsorganisation und einer vielgestaltigen neuen Agrarrechtsordnung mit mancherlei originellen Rechtsschöpfung ist hier eine Aufbauarbeit geleistet worden, wie sie kaum für einen anderen Zeitabschnitt der Geschichte dieses Raumes nachweisbar sein wird.

Es ist bekannt, dass sich das Generalgouvernement grösstenteils aus solchen Gebieten des ehemaligen polnischen Staates zusammensetzt, die landwirtschaftlich minderwertig und Zuschussgebiet waren. In diese Gebiete waren zur Zeit des Bestehens des polnischen Staates jeweils rund 3/4 Millionen t Getreide als Zuschuss hereingeschleust worden, weil die Eigenerzeugung zur vollen Versorgung der grossen Verbraucherzentralen Warschau, Lemberg, Krakau nicht ausreichte. Dieser katastrophale Zustand der polnischen Landwirtschaft war nur zum kleinen Teil durch unmittelbare Auswirkungen des Krieges verursacht. Entscheidend war vielmehr die völlig verfehlte Agrarpolitik der polnischen Staatsführung gewesen, die die beabsichtigte wirtschaftliche und militärische Aufrüstung auf Kosten der Landwirtschaft durchführen zu können glaubte und sie durch die Bindung an die Weltmarktpreise dem internationalen Börsenspiel auslieferte. Die durch den Zusammenbruch der Preise bedingte gänzliche Unrentabilität zwang zwang die Landwirtschaft zu extensiver Bodennutzung und zum Leben von der Substanz. Verfallene Wirtschaftsgebäude, hungerndes Vieh, veraltete Geräte und Maschinen und schlecht bestellte Felder waren das äussere Bild dieser Politik.

H0705-0029

Die Landwirtschaftsführer des Generalgouvernements standen daher im Herbst 1939 vor einer kaum lösbaren Aufgabe. Die Jahreszeit forderte die sofortige Inangriffnahme der Herbstbestellung und der sonstigen Vorarbeiten für die nächste Ernte. Im wesentlichen auf sich selbst angewiesen, gingen diese Männer an den Aufbau, und im Herbst 1939 wie im Frühjahr 1940 gelang es fast ausnahmslos, den Boden zu bestellen.

Die harten Winter von 1940/41 und 1941/42 überstand das Generalgouvernement dank planmässiger Arbeit ohne schwere Ausfälle, obwohl dem durch die Russenherrschaft devastierten Distrikt Galizien weitgehende Hilfe durch Abgaben von Menschen und Betriebsmitteln aller Art geleistet werden musste.

Für das Wirtschaftsjahr 1942/43 konnte erstmalig eine Erzeugungsschlacht proklamiert werden, die - unter den Schutz einer besonderen Verordnung des Herrn Generalgouverneur gestellt - die Landwirtschaft als den grundlegenden und entscheidenden Wirtschaftszweig dieses Raumes in Erscheinung treten liess.

Eine Übersicht über die wichtigsten Erfassungszahlen seit dem Jahre 1939 macht dies deutlich. Während noch 1939 - wie bereits erwähnt - das Reich 130 000 t Getreide leihweise dem Generalgouvernement überlassen musste, um die Versorgung während des Winters 1939/40 sicherzustellen, wurden

1940/41

454 914 t Getreide
552 117 t Kartoffeln
43 325 t Vieh
8 573 t Fette

erfasst.

1941/42 konnten diese Zahlen gesteigert werden auf

700 940 t Getreide
785 508 t Kartoffeln
70 003 t Vieh
16 876 t Fette

1942/43 wurden erfasst:

1 230 385 t Getreide
1 590 000 t Kartoffeln
110 000 t Vieh
20 868 t Fette.

Aus der Ernte 1943/44 werden erwartet:

1 600 000 t Getreide
2 150 000 t Kartoffeln
109 000 t Vieh
31 400 t Fette.

An diesen ausserordentlichen Erfolgen haben auch die fremdvölkischen Helfer der deutschen Führung, insbesondere die Agronomen beachtlichen Anteil, den wir gerne anerkennen.

H0705 – 0030

Gerade die breite Masse der Bauern, bis hinunter zum Klein- und Kleinstbetrieb, ist den Weisungen der deutschen landwirtschaftlichen Führung im allgemeinen willig gefolgt. Dabei hat sich die Einrichtung sog. Beispielwirtschaften, von denen allein der Distrikt Lublin 3432 bisher geschaffen hat, besonders erfolgreich ausgewirkt. Der Bauer dieses Raumes fühlt offenbar, dass erstmalig in seiner wechselvollen harten Geschichte eine Regierung sich seiner annimmt, sich um sein Schicksal kümmert, ihm beratend und helfend zur Seite steht, wie er durch bessere Arbeit und durch bessere Leistung zu besseren Lebensbedingungen kommen könne.

2. Forst- und Holzwirtschaft: Jagd

Auf dem Gebiete der Forst- und Landwirtschaft werden ähnlich ungünstige Verhältnisse vorgefunden wie im Bereich der Ernährungs- und Landwirtschaft.

a) Die anhaltend schlechte Finanzlage des Staates in Verbindung mit jüdischer Wirtschafts- und Ausbeutungspolitik, ferner eine unzulängliche Gesetzgebung und Forstverwaltung haben immer neue Waldflächen der Rodung ausgeliefert. In den zwei Jahrzehnten des Bestandes des polnischen Staates wurden etwa 1 Million ha Waldfläche geschlagen und an ihre Stelle traten ertragsarme Bodenflächen und Ödländereien mit den bekannten Folgen von Verkarstung und Überschwemmungen. Die gesamte Waldfläche des Generalgouvernements beträgt heute noch rund 3 Millionen ha, so dass von der Gesamtfläche des Generalgouvernements mit über 14 Millionen ha auf den Waldanteil noch nicht 20 v. H. treffen. In den 4 verflossenen Jahren ergab die Holznutzung einen Gesamtbetrag von rund 18 Millionen Festmeter Nutzholz.

H0705 – 0031

Dieser Holzeinschlag entspricht einer Kahlfläche von rund 87.000 ha. Demgemäss musste alle Aufmerksamkeit einer sachgemässen Aufforstung zugewandt werden. In den letzten 4 Jahren wurden nahezu eine halbe Milliarde Forstpflanzen verschiedendster Holzarten ausgesetzt.
Der Stand der gegenwärtig in der Forstwirtschaft Beschäftigten beläuft sich auf rund 130 000 Personen.

Das Waldbahnnetz wurde mit 130 km neuer Strecken nicht unerheblich ausgebaut.

Den forstlichen Nebennutzungen wurde grosse Sorgfalt zugewendet. Hier handelt es sich vor allem um die Gewinnung von Rohharz und die Erzeugung von Kolophorium, Terpentin und Holzkohle; die Stockholzdestillation liefert in zunehmendem Masse Terpentinöl, Teer und Teeröl. Eine spürbare Entlastung der Ernährungswirtschaft brachte die Steigerung der Waldbeeren - und Pilzernte, die im Jahre 1942 beinahe das Vierfache gegenüber derjenigen im Jahre 1941 betrug. Besondere Wichtigkeit kommt der Torferzeugung zu; die Torfausbeute konnte von 100 000 Tonnnn im Jahre 1941 auf 300 000 Tonnen im Jahre 1942 erhöht werden; im Jahre 1943 war bereits am 1. August ein Stand von 300 000 Tonnen erreicht.
b) Auf dem Gebiete der Holzwirtschaft wurden durch die Ausmerzung judischen Einflusses, die Verlagerung der Produktion auf zuverlässige deutsche Einsatzfirmen und durch zahlreiche Betriebsverbesserungen wesentliche Fortschritte erzielt Die Stillegung von nahezu 500 unrentablen oder nicht kriegswichtigen Betrieben steigerte die Leistungskapazität der noch arbeitenden Werke erheblich.

H0705 - 0032

Mit der Verknappung des flüssigen Treibstoffes erwuchs der Holzwirtschaft eine neue Aufgabe durch die Errichtung von Holztankstellen zur Versorgung von rund 2 000 auf Holzgas umgebauten zivilen Motorfahrzeugen mit Tankholz.

c) Auf dem Gebiete des Jagdwesens wurde infolge der Kriegswirren und des strengen Winters 1939/40 im Distrikt Galizien infolge der Russenherrschaft ein stark dezimierter Wildbestand vorgefunden. Aber die gleich in Angriff genommene Festlegung des Jagdrechts im Verein mit der Schaffung einer deutschen Jagdverwaltung hat diese Entwicklung aufgehalten und den Wiederaufbau eines neuen Wildbestandes ermöglicht.

Das Generalgouvernement ist z. Zt. in 1 400 Jagdbezirke eingeteilt, deren jeder einem deutschen Jäger übertragen ist. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Jagd ist nicht zu unterschätzen, so wurden z. B. allein im Jagdjahr 1942 rund 330 000 kg Wildbret abgeliefert und dem Pelzmarkt z. B. 2500 Fuchsbälge zugeführt. Die Erfassung der anfallenden Felldecken und Edelpelze macht wachsende Fortschritte; so sind im laufenden Jagdjahr bereits 1 500 Rehdecken in den Handel gekommen.

In diesem Zusammenhang sei auch des Einsatzes des Forstschutzkorps gedacht, dem die Sicherung der forstlichen Dienststellen und holzwirtschaftlichen Betriebe sowie die Bekämpfung des Forst- und Jagdfrevels obliegt. Das Forstschutzkorps widmet sich auch der fachlichen Schulung nichtdeutscher Forstbeamter und Waldarbeiter; bisher haben 37 000 Personen ihre arbeitstechnische Ausbildung durch das Forstschutzkorps erhalten. Bei Ausübung ihres schweren Dienstes sind bisher 18 Forstschützen gefallen oder verstorben.

3. Gewerbliche Wirtschaft.

Die Aufstiegsgrundlagen der gewerblichen Wirtschaft war in

H0705 – 0033

diesem Raume besonders ungünstig, da die polnischen Wirtsch formen und Wirtschaftsmittel, verglichen mit den Verhältniss im Reich, ausserordentlich rückständig waren.

a) So galt es z. B. im Bergbau, zunächst die technischen Voraussetzungen für die Wiedereröffnung der Grubenförderung zu schaffen. Dies ist in verhältnismässig kurzer Zeit in ein Weise gelungen, dass der Bergbau des Generalgouvernements tr seines verhältnismässig bescheidenen Gesamtvolumens als ein gewichtiger Faktor bei der allgemeinen Kriegsproduktion mitspricht.

Das Amt für Bodenforschung hat sich um die Erforschung und Erschliessung der Bodenschätze sowie um die geologische Landesaufnahme in besonderer Weise verdient gemacht.

b) Die Industrie stand seit Kriegsbeginn, vor allem aber seit Ende 1942 unter dem Zeichen verschärfter Anspannung. Die Rüstungswirtschaft wurde laufend erweitert, die Reichsaufträge stiegen, die Industrieverlagerung begann sich auszuwirken.

Der Mangel an Arbeitskräften, Rohstoffen und Maschinen machte eine durchgreifende Durchkämmung sämtlicher gewerblicher Betriebe erforderlich. Allein im Distrikt Radom hat die Betriebsbereinigung die vor dem Kriege bestehenden 1 500 Industriebetriebe mit rund 40 000 Beschäftigten auf rund 500 brauchbare und entsprechend verbesserte Betriebe reduziert, denen nunmehr 50 000 Arbeiter zugewiesen werden konnten. Diese Bereinigungsmassnahmen gilt es auch bei den verbleibenden Betrieben fortzusetzen, da Produktionsprogramm und Herstellungswege vielfach unzweckmässig ausgebildet sind Durch Schulungskurse, durch Einführung eines einheitlichen neuzeitlichen Rechnungswesens sowie durch Einführung von Reichsnormen wird soweit als möglich eine Ausgleichung an die industriellen Verhältnisse im Reich erstrebt.

H0705 – 0034

Neben dieser Aufbauarb it nimmt die laufende Überwachun der Produktion einen wichtigen Platz ein; hierzu rechnet z. B. die Ausstattung der Arbeiterschaft mit allen Lebensnotwendigkeiten, die Versorgung der Betriebe mit Roh- und Brennstoffen, die Sicherung der erforderlichen Arbeitskräfte und die Sicherung eines reibungslosen Absatzes.

c) Auch im Bereich des Handwerks sah sich die deutsche Wirtschaftsverwaltung vor neue Aufgaben gestellt. Die handwerkliche Struktur im Generalgouvernement ist eine völlig andere als im Reich. Das Kleingewerbe konzentriert sich in den Städten und erfüllte dort Aufgaben, die in Deutschland zum Teil längst an die Industrie übergegangen sind. Hier galt es, zur Einsparung von Arbeitskraft und Material durchgreifend zu konzentrieren. Demzufolge wurde eine Organisation geschaffen, die durch Bildung von Produktionsringen das Handwerk in die Lage setzt, Grossaufträge, die von einzelnen Handwerkern nicht übernommen werden können, auszuführen.

Die Förderung des Handwerkernachwuchses durch Abkürzung der Ausbildungszeit unter Mitarbeit der Innungen, durch Umschulungskurse und Handwerkerschulen ist durch die deutsche Verwaltung stark vorwärtsgetrieben worden.

d) Auf dem Gebiet des Handels fehlte es früher an einem leistungsfähigen und vertrauenswürdigen Grossverteilerapparats. Unter Heranziehung deutscher Überseefirmen wurden für je eine oder zwei Kreishauptmannschaften Kreisgrosshandlungen eingerichtet, die sich nicht nur bei der normalen Verteilung, sondern auch in Sonderfällen, wie der Prämienwarenverteilung im Rahmen der Ernteerfassungsaktion, gut bewährt haben. Der Typus des polnischen Einzelhandelsgeschäftes war der Einmann - und Einraum-Betrieb, in dem es alles zu

H0705 – 0035

kaufen gab, dessen Umsätz jedoch nach deutschen Begriffen seinem Inhaber keine Existenzgrundlage bot. Im Verfolg der allgemeinen Entjudung der Wirtschaft wurde ein grosser Teil dieser Geschäfte stillgelegt. Darüber hinaus aber wird versucht, durch ein systematisches Beseitungsverfahren den Einzelhandel in gesunde und fortschrittliche Bahnen zu lenken. Die Betriebsbereinigungsaktion ausserhalb der Grosstädte ist nunmehr im wesentlichen abgeschlossen. .....

Seite 132

5. Verkehr

Eine besondere eindrucksvolle Darstellung des Wirtschaftlichen Aufstieges im Generalgouvernement geben die Leistungen der grossen Verkehrsträger.

a) Die Ostbahn betreibt und verwaltet zur Zeit rund 2 000 km zweigleisige, 4 500 km eingleisige und über 600 km Schmalspurbahnen. Die am Ende des Polenfeldzuges vorgefundenen Gleis- und Bahnhofsanlagen entsprachen in ihrem Umfang und Zustand den neuen Anforderungen in keiner Weise. Die durch den Feldzug hervorgerufenen Zerstörungen waren bis Ende 1939 durch behelfsmässige Instandsetzungen im wesentlichen beseitigt. Bis zum Ende des Jahres 1940 konnten sodann sämtliche Strecken auf allen Gleisen wieder befahren werden. Die Zuspitzung der Lage gegenüber der Sowjetunion zwang im Herbst 1940 zu einem weiteren Ausbau des bisher nur auf wirtschaftliche Bedürfnisse eingerichteten Streckennetzes. Es ist besonders bemerkenswert, dass dieses umfangreiche Bauprogramm in dem strengen Winter 1940/41 durchgeführt werden konnte. Bis Ende 1942 waren auch sämtliche Strecken in Galizien, die durch die Sowjets sowie durch zwei Hochwasserkatastrophen im August 1941 gründlich

H0705 – 0036

zerstört waren wieder befahrbar. Nachdem das Generalgouvernement zur Brücke zwischen dem Reich und den neugewonnenen Ostgebieten geworden war, galt es, das Netz der Ostbahn zu einer noch gewaltigeren Leistungssteigerung auszubauen. 14 Millionen cbm Erdmassen wurden bisher bewegt, 900 km Gleis gelegt, 440 neue Brücken und Brückenverstärkungen mit 18 500 m Länge ausgeführt.

Im öffentlichen Güterverkehr wurden

1940 15,3 Millionen Tonnen
1942 18,2 Millionen Tonnen

verfrachtet; im Personenverkehr wurden

1940 47,8 Millionen
1942 127,5 Millionen

Reisende befördert. - Hier sei auch der zur Sicherung des Eisenbahngutes der Bahnanlagen und des Nachschubs dienenden Bahnschutzpolizei gedacht, die seit Bestehen der Ostbahn in unaufhörlichen Kampf mit Eisenbahnräubern und Bandengruppen und 41 Verwundeten zu beklagen hat.

b) Für die deutsche Post Osten lagen die Verhältnisse 1939 ähnlich wie für die Ostbahn. Obgleich nach Beendigung der Kampfhandlungen das frühere polnische Nachrichtenwesen völlig desorganisiert darniederlag, ist es gelungen, im Laufe der vergangenen 4 Jahre die vergleichbaren Leistungen der ehemaligen polnischen Postverwaltung bei weitem zu übertreffen. So ist z. B. von 1940 bis 1942 der Briefverkehr von rund 3,10 Millionen auf ca. 5,30 Millionen und der Geldverkehr im Postscheckdienst von rund 7,5 Milliarden Zloty auf etwa 13,5 Milliarden gestiegen. Das Fernleitungsnetz hat sich von rund 95 000 km vor dem Kriege bis Ende Dezember 1942 auf etwa 350 000 km erweitert. Zur polnischen Zeit wurden in einem Jahr 6,3 Millionen

H0705 – 0037

Ferngespräche, im Jahre 1942 etwa 13 Millionen Ferngespräche vermittelt. Die Zahl der Telegramme hat sich von über einer Million vor dem Kriege auf über 4 Millionen im Jahre 1942 erhöht.

Sowohl durch ihre Gebührenpolitik als auch durch ihre Bemühungen um die Verbesserung der organisatorischen und technischen Verhältnisse hat die Deutsche Post Galizien bewiesen, dass für sie nicht der wirtschaftliche Erfolg, sondern die Schaffung eines leistungsfähigen Nachrichtenwesens im Dienste der Wehrmacht, der Verwaltung und der Bevölkerung im Vordergrund steht.

c) Auch der Strassenverkehr wurde in den Dienst der Kriegswirtschaft gestellt. Der ohnehin nur unzulängliche, durch Verschleppung nach dem weiteren Osten noch mehr verringerte Kraftfahrzeugbestand aus der Zeit vor dem Polenfeldzug wurde erfasst, nach übergeordneten staatlichen Gesichtspunkten eingesetzt und durch Einfuhr aus dem Reich vermehrt. Unter Ausnutzung des Wald- Torf- und Erdgasvorkommens wurde die Umstellung der Fahrzeuge auf Ausweichkraftstoffe durchgeführt grössere Verkehrträger wie die Strassenverkehrs GmbH. und die Karpathen- Transport AG. wurden geschaffen. Trotz der Laderaumknappheit konnten auch in Zeiten grösserer Verkehrsbeanspruchungen die Transportbedürfnisse befriedigt werden. In neueingerichteten Fahrschulen wird für den Fahrernachwuchs, besonders auch für die Ausbildung von Fahrern auf Generatorfahrzeugen gesorgt. Da der im Generalgouvernement erworbene Führerschein auch im Reich gilt, bedeutet die Pflege des Fahrernachwuchses gleichzeitig einen Beitrag zum Arbeitseinsatz des Reiches.

H0705 – 0038

d) Um das ganze Verkehrssystem des Generalgouvernements auf Schiene, Wasser und Strasse zu einem schlagkräftigen Instrument des Kriegseinsatzes umzugestalten, plant der Herr Generalgouverneur bereits in den nächsten Wochen die Errichtung einer Hauptabteilung Eisenbahnen. Diese unter der Führung des bisherigen Hauptabteilungspräsidenten Eisenbahnen stehende neue Hauptabteilung wird nach übergeordneten Gesichtspunkten und unter Ausschaltung jeglicher Überschneidungen und Reibungen zwischen den einzelnen Verkehrsträgern in rationeller Weise Eisenbahn, Binnenschiffahrt und Kraftwagen zum Einsatz bringen.

6.) Technische Verwaltung.

Das Generalgouvernement ist dank seiner geographischen Lage die Brücke zwischen dem mitteleuropäischen Produktions- und Verkehrszentrum und den Rohstoffgebieten des Ostens und erhält damit verkehrspolitisch eine Aufgabe von besonderer Bedeutung.

a) Dieser Orientierung entsprach das Strassenverkehrsnetz des früheren polnischen Staates in keiner Weise. Vielmehr ist seinerzeit alles geschehen, um Polen durch eine einseitige Verkehrsausrichtung auf Warschau und die Ostsee von Deutschland und Russland abzuschliessen. Im Oktober 1939 übernahm die Strassenbauverwaltung nach Festlegung eines den neuen Bedürfnissen angepassten Strassennetz rund 3 800 km Generalgouvernementstrassen, 3 700 km Distriktstrassen und 6 900 km Kreisstrassen. In Durchführung des neuen Strassenbauprogrammes wurden zunächst die west-östlichen Strassenzüge mit neuzeitlichen Strassendecken versehen und verbreitert, sowie entsprechende Brücken hergestellt. Diese Aufgabe war im August 1940 gelöst. Daneben entstanden eine Anzahl von Tal- und Flussübergängen, darunter 4 grosse Weichselbrücken.

Im Juli 1940 wurde als weiteres Strassenbauprogramm, das

H0705-0039

sogenannte "Otto-Programm", in Angriff genommen, das zunaechst den Ausbau von rund 99o km Strassen und spaeter von weiteren rund 8oo km vorsah. Mit der Eingliederung Galiziens fielen der Strassenbauverwaltung neue grosse Aufgaben zu. Besonders vordringlich war die Wiederherstellung aller Flussuebergaenge von Alt-Generalgouvernementnach Galizien. Ausserdem wurden im Herbst 1941 die Ausbauarbeiten an der Durchgangsstrasse Lemberg-Tarnopol bis zur Grenze des Generalgouvernements, sowie eine Durchgangsstrasse Lemberg - Brody in Richtung Kiew begonnen und z.T. schon vollendet. Neben diesen uebergeordenten Bauvorhaben wurden noch eine erhebliche Anzahl kleinerer Ausbaumassnahmen durchgefuehrt.

b) Auch auf den Gebiet des <u>Wasserbaues</u> waren vordringliche Aufgaben zu loesen und zwar

1. Die Herstellung eines fuer das gesamte Wachstum geeigneten Grundwasserstandes,
2. Die Ausgestaltung der Weichsel und ihrer Nebenfluesse als Schiffahrtswege,
3. Die Ausnutzung der Wasserkraefte des Weichselgebietes zur Steigerung der Energieerzeugung.

Es wurden rund 24o oo ha entwaessert, 5 6oo ha drainiert, 9 2oo ha umgebrochen, 22o ha Deiche wurden neue geschuettet, 1 1oo km Flusslaeufe reguliert und profilmaessig ausgebaut, 3 6oo km Graeben neu geschaffen.

Nach der Raeumung der Flusslaeufe von Brueckentruemmern u. ae. wurden unverzueglich die Vorarbeiten fuer den Weichselbau und die geplante Schiffahrtsverbindung nach Oberschlesien aufgenommen. Daneben wurden die vorhandenen Werften soweit instand gesetzt, dass die durch

H0705-0040

Seite 136

den Krieg schwer mitgenommenen Weichselflotte wieder hergerichtet und neuer Schiffsraum gebaut werden konnte.

c) Von groesster Wichtigkeit ist die Energieversorgung des Landes und der in das Generalgouvernement verlagerten Ruestungsbetriebe des Reiches. Hierbei galt es insbesondere wegen des Fehlens genuegender Steinkohlenvorkommen, ausreichender moderner Waermekraftwerke und wegen des in den Anfaengen stehengebliebenen Ausbaues der Wasserkraefte besondere Schwierigkeiten zu ueberwinden.

Die Arbeiten an der 1939 zu 5o % fertiggestellten Talsperre Roznow wurden unter deutscher Leitung so gefoerdert, dass im September 1941 der Stausee gefuellt und dass im Dezember 1941 bereits der erste Strom abgegeben werden konnte. Seitdem sind rund 6o Millionen kWh erzeugt worden. Die aufgewandten Mittel betragen bisher 55 Millionen Zloty. Im Herbst 1942 wurde der Weiterbau der zu polnischen Zeiten begonnenen Ausgleichssperre Czchow eingeleitet. Diese Sperre wird voraussichtlich im Laufe des Jahres 1944 in Betrieb genommen werden.

Durch planvolle Ordnung und restlose Ausschoepfung der vorhandenen brauchbaren Versorgungsmoeglichkeiten ist es gelungen, die Energieversorgung den vordringlichsten Erfordernissen anzupassen. Die Durchfuehrung dieses energiewirtschaftlichen Programms liegt in den Haenden der von der Regierung gegruendeten Ost-Energie-A.G. Auf den Energiesektor konnte bis jetzt eine jaehrlichen Erhoehung der Gesamterzeugung elektrischer Arbeit von 55o mio kWh und auf dem Gassektor eine zusaetzliche Transportmoeglichkeit durch Benutzung der neuen Rohrleitungen von durchschnittlich 4oo mio m erzielt werden.

H0705 - 0041

Seite 137

7. Kreditwesen.

Der Aufbau des Kreditwesens darf fuer die Dauer des Krieges als abgeschlossen gelten. Die Taetigkeit der Bankaufsichtsstelle fuer das Generalgouvernement begann mit der Erfassung des vorhandenen Kreditapparates, der auch schon vor dem Kriege verhaeltnismaessig unentwickelt war und durch den Krieg und die Aufteilung Polens voellig zurueckgeworfen wurde. Die erste Massnahme war die Wiederingangsetzung des Kreditgewerbes, vor allem durch Herstellung einer Vertrauensatmosphaere und durch Ordnungsmassnahmen im Kreditgewerbe, wie die Beseitigung juedischen Einflusses und unzuverlaessiger Leitungen, durch Saeuberung des Kreditgewerbes von nicht mehr lebensfaehigen oder volkswirtschaftlich unerwuenschten Kreditinstituten und schliesslich durch Einfuehrung eines Zahlungsaufschubs fuer Verpflichtungen aus der Vorkriegszeit. Um die allgemeinen Voraussetzungen fuer den Wiederaufbau des Kreditwesens zu schaffen, musste sodann Klarheit ueber die infolge der Kriegsverhaeltnisse eingetretenen Veraenderungen geschaffenwerden. Durch ein Abkommen mit dem Reich erhielt das Generalgouvernement einen Ausgleich, der ueberwiegend zur Wiedergutmachung der durch den Krieg hervorgerufenen Wirtschaftschaeden verwendet wird. Darueber hinaus nimmt die Bankaufsichtsstelle wesentlichen Anteil, von der Seite des Kreditwesens her bei der allgemeinen Wirtschaftslenkung mitzuwirken.- Der Zufluss an Einlagen bei den Kreditinstituten von 68,9 Millionen im Herbst 1939 hat sich auf 1 Milliarde 697 Millionen im Juni 1943 erhoeht. Am 31. August dieses Jahres erreichte die Summe der Einlagen erstmalig den Stand der Einlagen saemtlicher Kreditinstitute des alten Polen. Der Stand der Kredite betrug

H0705 – 0042

im Neugeschaeft 194o rund 118 Millionen, im Sommer 1943 bereits rund 1 Milliarde. Der grosste Teil der Kredite entfaellt auf den Handel, den Staat, oeffentlichen Koerperschaften, die Industrie und die Landwirtschaft.

Ich komme nun zum vierten Teile meines Berichts, der sich mit der

IV. Finanzlage des Generalgouvernements

befasst.

Die Aufwaersentwicklung, wie das Wirtschaftsleben im Generalgouvernement in den vergangenen vier Jahren zu verzeichnen hatte, findet ihren besonderen Niederschlag in der Entwicklung der Finanzlage des Generalgouvernements.

1. Die Befuerchtungen, die man anfaenglich angesichts der Zerstoerungen, die der Krieg ueber das wirtschaftliche und soziale Leben des Landes gebracht hatte, fuer das Steueraufkommen hegte, erfuellten sich gluecklicherweise nicht. Nach erfolgreicher Wiederbelebung von Industrie und Handel besserten sich schon im ersten Jahr die Steuereinnahmen und erreichte das Nettoaufkommen an Besitz- und Verkehrssteuern im Rechnungsjahr 194o/41 die Hoehe von 253,5 Millionen Zloty. Zum Vergleich sei angefuerht, dass in dem gleichen Gebiet vor dem Krieg unter voellig normalen Wirtschaftsbedingungen ungefaehr 35o Millionen Zloty aufgebracht wurden, Im Rechnungsjahr 1941/42 s stieg das Nettoaufkommen auf 649 Millionen Zloty. In diesem Betrag ist das Aufkommen des Distrikts Galizien mit 42,6 Millionen Zloty enthalten, Im Rechnungsjahr 1942/43 stieg das Aufkommen weiter und erreichte 1,1 Milliarden Zloty. Von diesen Betrag entfallen auf den Distrikt Galizien 183,5 Millionen Zloty. Fuer das laufenden Rechnungsjahr wird eine weitere Steigerung, vor allem im Distrikt Galizien, erwartet.

H0705 – 0043

Seite 139

Die Einnahmen aus Zoellen und Verbrauchssteuern stiegen von rund 12o Millionen Zloty im Jahre 194o auf rund 185 Millionen Zlity im Jahre 1941 und auf rund 2o6 Millionen im Jafre 1942

Die Einnahmen aus den Monopolen erhoehten sich von rund 489 Millionen Zloty im Jahre 194o auf Grund 646 Millionen Zloty im Jahre 1941 und auf rund 922 Millionen Zloty im Jahre 1942.

An Verwaltungseinnahmen wurden 194o 8,6 Millionen Zloty erzielt, 1941 rund 13 Millionen Zloty und 1942 rund 43 Millionen Zloty.

Die Gesamteinnahmen des Generalgouvernements aus den erwaehnten Einnahmequellen beliefen sich damit 194o auf rund 871 Millione Zloty, 1941 auf rund 1,4 Milliarden Zlity und 1942 auf rund 2,2 Milliarden Zloty. Die Aufwaertsbewegung der Staatseinnahmen haelt auch im Jahre 1943 an.

2. Diese Einnahmen sind in den ordentlichen Haushalten der Jahre 194o bis 1943 erfasst, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlussziffern zeigen:

194o rund 1 Milliarde Zloty
1941 rund 1,7 Milliarden Zloty
1942 rund 2,7 Milliarden Zloty und
1943 rund 3,6 Milliarden Zloty.

Daneben wurden fuer die Bewirtschaftung ausserordentlicher Einnahmen und Ausgaben ausserordentliche Haushalte aufgestellt, die in Einnahme und Ausgabe folgende Abschlussziffern aufweisen:

194o rund 278 Millionen Zloty
1941 rund 714 Millionen Zloty
1942 rund 177 Millionen Zloty und
1943 rund 628 Millionen Zloty.

Auf der Grundlage der guenstigen Steigerung der Einnahmen war eine entsprechende Haushaltsfuehrung moeglich, die zwar den Geboten der Sparsamkeit folgte, aber die Entwicklung der Verwaltung und Wirtschaft ermoeglichte und foerderte.

H0705 – 0044

Seite 14o

Die Loesung zahlreicher Probleme in Verwaltung und Wirtschaft war in hohem Masse davon abhaengig, dass auf dem Ernaehrungssektor stabile Verhaeltnisse hergestellt und gesichert werden konnten. In rechtzeitiger Erkenntnis dieser Tatsache hat es die Hauptabteilung Finanzen von vornherein als ihre vornehmste Aufgabe angesehen, bei der Haushaltsgestaltung in allererster Linie Mittel fuer die Foerderung der Ernaehrungs- und Landwirtschaft bereitzustellen, da sonst starke Preiserhoehungen nicht haetten vermieden werden koennen. Auf Grund einer straffen Haushaltsfuehrung gelang es, die staendig steigenden Anforderungen der Ernaehrungs- und Landwirtschaft in den einzelnen Haushaltsjahren zu befriedigen. Einige Zahlen moegen diese Beitraege der Hauptabteilung Finanzen zur Sicherung der Ernaehrung veranschaulichen:

Fuer Foerderung der Ernaehrungs- und Landwirtschaft im allgemeinen wurden bereitgestellt:

Im Haushaltsjahr	194o	rund 5o	Millionen Zloty
" "	1941	" 75	Millionen Zloty
" "	1942	" 1o4	Millionen Zloty
und " "	1943	" 139	Millionen Zloty

Fuer die von der Liegenschaftshauptverwaltung verwalteten landwirtschaftlichen Betriebe, die fuer die Ernaehrungssicherung von ganz besonderer Bedeutung sind, sie aber aus eigenen Kraeften besonders im Hinblick auf notwendige Investitionen und die Preise fuer landwirtschaftliche Erzeugnisse nicht rentabel arbeiten koennen, wurden bereitgestellt:

H0705 – 0045

In den Haushaltsjahren 1940 und 1941 jaehrlich rund 13 Millionen Zloty
Im Haushaltsjahr 1942 rund 81 Millionen Zloty
Im Haushaltsjahr 1943 rund 188 Millionen Zloty

Im Rahmen der Massnahmen, die zur Foerderung der Ernaehrungs- und Landwirtschaft zu finanzieren waren, sind insbesondere hervorzuheben die Duengemittelverbilligung, die Uebernahme von Getreidelagerungsverlusten und die Finanzierung von Speicherbauten. Fuer diese Zwecke wurden z.B. im Haushalt 1943 folgende erhebliche Betraege bereitgestellt:

Zur Duengemittelverbilligung rund 30 Millionen Zloty
zum Ausgleich von Verlusten
bei der Lagerung von Getreide
und anderen pflaenzlichen
Erzeugnissen rund 44 Millionen Zloty
und fuer Speicherbauten rund 94 Millionen Zloty.

Erwaehnt seien in diesen Zusammenhange auch die bedeutenden Lieferungen der Monopolverwaltung an Praemienware an die Landwirtschaft; so wurden z.B. 1941/42 270 Millionen Zigaretten und 4 Millionen Liter Trinkbranntwein, 1942/43 1,5 Milliarden Zigaretten,und 12 Millionen Liter Trinkbranntwein geliefert; fuer 1943/44 ist die Bereitstellung von 2 Milliarden Zigaretten und 30 Millionen Litern Trinkbranntwein vorgesehen.

Neben diesen Leistungen fuer die Ernaehrungssicherung ist es auch noch moeglich gewesen, seit 1941 in immer steigendem Ausmasse dem Reich einen Wehrbeitrag zur Verfuegung zu stellen. Dieser teils in den ordentlichen, teils in den ausserordentlichen Haushalten veranschlagte Wehrbeitrag betrug fuer 1941 500 Millionen Zloty und fuer 1942 700 Millionen Zloty, fuer 1943 sind 1,3 Millionen Zloty vorgesehen.

H0705 – 0046

Eine weitere bedeutsame Leistung des Staatshaushaltes des Generalgouvernements ist der Ersatz der gesamten Polizeikosten an das Reich, eine namhafte Stelle nehmen im Staatshaushalt auch die Leistungen ein, die fuer die soziale Betreuung, Fuersorge, Besoldung und Verguetung der im oeffentlichen Dienst eingesetzten Gegolgschaftsmitglieder, der deutschen sowohl wie der nichtdeutschen gebracht worden sind. Hierher gehoeren die Ausgaben fuer die Einrichtung von Kasinos, Sportplaetzen, Buecherein, Erholungsheimen der Deutschen und fuer die Einrichtung von Gemeinschaftskuechen Konsumvereinen und Verteilungsstellen fuer die Einrichtung von Gemeinschaftskuechen Konsumvereinen und Verteilungsstellen fuer die Nichtdeutschen; weiterhin die Gewaehrung von Beschaeftigungsverguetungen, Reisebeihilfen und die Beihilfen und Unterstuerzungen in den Faellen unverschuldeter Notlage.

Besondere Massnahmen der Finanzverwaltung galten auch der Gesundung der Gemeindefinanzen.

Nachdem den Gemeinden und Gemeindeverbaenden zunaechst jedenfalls in allen Faellen der Erfuellung staatlicher Aufgaben oder in Faellen besonderer Not von Seiten der Regierung Betriebsmittel zur Verfuegung gestellt worden waren, wurde bald darauf hingewirkt, dass sie rechtzeitig einen ordentlichen Haushaltsvoranschlag aufstellen und innehielten. Die Entwicklung der Verhaeltnisse zwang dazu, ihnen auch besondere und ausreichende Einnahmequellen zu erschliessen. Die den Gemeinden nach dem bisherigen polnischen Recht zufliessenden Einnahmen durch Anteile an Aufkommen der Einkommensteuer, Lohnsteuer usw. reichten nicht zur Befriedigung des dringendsten Finanzbedarfs aus. Es wurde daher durch

H0705 – 0047

die Einführung einer Registriergebühr und einer Einwohnerabgabe und vor allem durch die Einführung der Gewerbesteuer eine Gesundung der Gemeindefinanzen herbeigeführt. ....

Seite 150

Organisatorisch hat sich vor allem der Ausbau eines engmaschigen und verstärkten Netzes von polizeilichen Stützpunkten in allen Teilen des Landes bewährt. Die seit Ausgang des Jahres 1942 an allen Fronten in Erscheinung tretende Anspannung der Kriegslage glaubten Widerstandsbewegung und Banden in verstärktem Masse für ihre Zwecke ausnützen zu können. Sabotageversuche an der deutschen Aufbauarbeit, Anschläge auf deutsche Amtsträger, Behörden und Dienststellen, auf Einrichtungen des Verkehrswesens und Gewaltmassnahmen gegen Deutsche und loyal eingestellte Nichtdeutsche nahmen bedenklich zu. Durch russische Agenten und Fallschirmspringer sowie durch Abwurf von Waffen, Munition und sonstigem Gerät erhielten diese Widerstandskräfte personelle und materielle Verstärung um noch aktiver werden zu können. Durch Verkündung des Erntеausnahmezustandes und erst jüngst durch Verkündung der Verordnung zur Bekämpfung von Angriffen gegen das deutsche Aufbauwerk im Generalgouvernement ist diesem Widerstand der schärfste Kampf angesagt und die volle Strenge des Gesetzes angedroht worden. Dem aufopferungsvollen, selbstlosen und jederzeit zur Hingabe bereiten Einsatz von Offizieren und Männern der Polizei ist es zu danken, wenn bis jetzt der deutschen Aufbauarbeit im Generalgouvernement Schutz und Rückhalt geboten werden konnte. Nahezu 1000 Gefallene und über 1 000 verwundete Offiziere, Unterführer und Männer allein der deutschen und fremdvölkischen Ordnungspolizei im Generalgouvernement sind Zeugen dafür, dass die Männer der Polizei ihre Pflicht tun und auch künftig auf ihrem Posten stehen werden.

H0705 – 0048

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Regierungssitzung Seite 3,4,5,6 Eintragungen vom 16. 2. 1944

Regierungssitzung im Königsaal der Burg zu Krakau am Mittwoch dem 16. Februar 1944.

Seite 3

Der G e n e r a l g o u v e r n e u r :

... Im Zusammenhang mit dieser Verteidigung des Generalgouvernements steht nun, abgesehen von diesen äusseren mehr technischen Bestätigungen, die der Führer uns gab, die grossartige Bestätigung, die der Führer meiner politischen Grundhaltung gegenüber der fremdvölkischen Bevölkerung dieses Raumes zuteil werden liess.

Ich habe den Herren Mitgliedern der Regierung, wohl auch den Herren Gouverneuren und darüber hinaus den Dienststellenleitern den ungekürzten Wortlaut der Rede senden lassen, die ich auf Veranlassung des Führers vor wenigen Tagen in Berlin vor der Auslandspresse gehalten habe. Ich nehme daher an, dass Ihnen der Inhalt dieser Rede bekannt ist. Sollte es nicht der Fall sein, so möchte ich Ihnen direkt als eine Dienstpflicht auferlegen, von dieser Rede Kenntnis zu nehmen. Diese Rede wurde wortwörtlich gebilligt. Bei der grossen Besprechung, die ich mit ihm hatte, hat er die Grundsätze dieser Rede mir vollinhaltlich bestätigt und mit auf den Weg gegeben. Darin liegt die grosse Bedeutung dieses Faktums für uns. Sie wissen ja, wie ich persönlich und viele von Ihnen lange Jahre hindurch in diesem Punkt völlig falsch verstanden wurden. Man hat es als Polenfreundlichkeit, als den Fremdvölkischen gegenüber zu verdammende Schwäche ausgelegt, was nunmehr als Fundament unserer politischen Entwicklung überhaupt die einzige Möglichkeit darstellt. ...

Seite 4

... Demgegenüber ist nämlich festzustellen, dass der Ausbau, der Aufbau, die Sicherung dessen, was heute die Bedeutung dieses Raumes ausmacht, überhaupt nur möglich waren, weil es entgegen diesen

H0705-0049

voellig kriegsunzeitgemaessen Ueberlegungen der Gewalttheoretiker notwendig war, die Substanz dieses Raumes in menschlicher und materieller Beziehung denkbar positiv in den Dienst des Deutschen Kriegsringens zu bringen.....

Seite 5

Daher ist es fuer uns ausserordentlich wichtig, dass der Fuehrer alle diese Massnahmen, deretwegen man uns im kleinen wie im grossen so haeufig verleunderisch beschimpft hat, nunmehr restlos billigt und sie mir gegenueber als die einzig moegliche Politik bestaetigte, naemlich mit allen pfleglichen Mitteln dafuer zu sorgen, dass das Polentum vor allem gewonnen werde, damit es in dieser Linie marschiert. Das ist das ideelle politische Ereignis dieser Zeit. Denn nunmehr ist es nicht mehr die Frank-Politik im Generalgouvernement, der irgend eine andere Politik der Gewalt oder sonst etwas gegenuebergestellt werden kann, sondern es ist die Politik des Fuehrers in diesem Raum, die mit seiner vollen Billigung ich als Generalgouverneur, Sie als Gouverneure oder Regierungsmitglieder durchzufuehren haben.

H0705 – 0050

Seite 5

Der Herr Generalgouverneur steht der Heranbildung eines Nachwuchses fuer die Priesterseminare grundsaetzlich nicht ablehnend gegenueber, und zwar mit der Begruendung, dass man, wenn man Fachkurse fuer Aerzte usw. einrichte, auch auf religioesem Gebiete aehnliche Moeglichkeiten schaffen muesse.

H0705-0051

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1, Eintragungen vom 14.3. 1944

Besprechung mit Staatssekretaer Dr. Buehler.

Im Zusammenhang mit der Besprechung diktiert der Herr Generalgouverneur ein Fernschreiben an den Gouverneur des Distrikts Lublin, dass er jede Form von Zwangsmassnahmen gegen die Bevoelkerung der Stadt oder des Distrikts mit sofortiger Wirkung verbiete. Jede Massnahme, die zur zwangsweisen Wegfuehrung von Menschen, zur Evakuierung von Dorfern oder zum zwangsweisen Abtransport zum Arbeitseinsatz im Reich fuehren solle, beduerfe seiner vorherigen schriftlichen Genehmigung. Dies gelte auch fuer polizeiliche Massnahmen jeder Art auf diesem Gebiete.

H0705-0052

2233 - PS

Franks Tagebuch, Leitz-Ordner, Seite 22, 28, 39 Eintragungen von 18.3. 1944.

B e t r i e b s a p p e l l der deutschen Belegschaft der Flugzeugmotorenwerke.

Nach Eroeffnung des Betriebsappells durch den Betriebsobmann ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Rede:

Seite 38

. . . So ist es mir aber lieb, dass wir sagen koennen: Die Fabriken sind im Gange, die Bauern kommen mit ihrer Ernte, die Ernaehrungsleistungen steigen, weil wir eine vernuenftige menschliche europaeische Volkstumspolitik in diesem Lande getrieben Ich weiss, man hat uns und besonders mich als Polenfreund verdaechtigt. . . .

Seite 39

...Mir kam es von Anfang darauf an, dieses Land fuer die Dauer des Krieges, den ich von vornherein laenger schaetzte als nur ein oder zwei Jahre, sicherzustellen. Dazu gehoert, dass man ein Landpfleglich behandelt. Man kann von einer Kuh entweder die Milch oder das Fleisch erlangen, wenn ich Milch haben will, muss ich die Kuh am Leben erhalten. So ist es auch mit einem eroberten Land. Wenn ich einem solchen Lande alles wegnehme, dann kann ich von ihm keine Leistung mehr verlangen; will ich aber eine Leistung verlangen; dann muss ich es aber pfleglich behandeln, ich muss ihm Schulen, Kirchen, Konzerte geben, ich muss ihm eine Versorgung sicherstellen und ihm im Laufe der Zeit das Gefuehl verleihen, edass, wenn die Bevoelkerung loyal im europaeischen Abwehrkampf gegen den Bolschewismus mitgekaempft hat, einmal das deutsche Volk sagen wird: nun wollen wir den Kampf mit den Polen beenden, Ihr sollt unter deutscher Fuehrung brav Eurer Arbeit in Zukunft nachgehen, in Eure kulturellen Belange reden wir Euch nicht hinein. Das ist das Ziel meiner Volkstumspolitik.

H0705-0053

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944 Leitz-Ordner, Seite 6,7 Eintragungen v. 12.4.1944

Der Herr Generalgouverneur haelt es fuer besser, 1000 freiwillige Kraefte zu gewinnen, statt 4000 mit Zwang zur Arbeit in Deutschland zu bringen.

In diesem Zusammenhang kommt Praesident Gerteis auf die Behandlung der Polen im Reich zu sprechen. Diese Behandlung, die noch immer schlechter sei als diejenige jedes anderen auslaendischen Arbeiters, habe dazu gefuehrt, dass sich so gut wie kein Pole mehr freiwillig fuer die Arbeit in Deutschland melde. Es seien 21 Punkte, in denen die Polnischen Arbeiter im Reich schlechter behandelt wuerden als andere auslaendische Arbeiter.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Praesident Gerteis, ihm diese 21 Punkte bekanntzugeben, fuer deren Aufhebung er sich unbedingt einsetzen werde. . . .

H0705-0054

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1,3,5,6,7 Eintragungen
16.5.1941

Fortsetzung der Arbeitsbesprechung des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP. im Koenigssaal der Burg.

Anwesend sind: Oberdienstleiter Tiessler, Distriktstandortfuehrer Dr. von Burgsdorff, Pg. Albert, u. a.

Seite 3

Zum Schluss der Arbeitsbesprechung fuehrt der Herr Generalgouverneur zusammenfassend aus, dass ihm diese Zusammenkuenfte ausserordentlich wichtig und erwuenscht seien. . .

Seite 5

... Die Situation zwischen Deutschland und Polen im Generalgouvernement sei scharf nach 3 Gesichtspunkten zu trennen. 1. Die Situation zwischen Deutschen und Polen vor diesem Kriege durfte in keiner Weise ein Richtpfeiler fuer das Verhalten jetzt oder in Zukunft sein. Das ewige Argument, die Polen seien Feinde Deutschlands, koenne nicht mehr Grundlage einer kuenftigen Politik sein, sonst wuerde man selbst einer Entwicklung zu einer europaeischen Konsolidierung im Weg stehen. Das ewige Rachemoment koenne nicht durchgehalten werden. Alle Argumente aus der Vorkriegszeit fuer die Betrachtung der deutsch-polnischen Situation seien grundsaetzlich abwegig. . .

Diese Diese zweite Periode, in der man jetzt stehe, muesse auch dem deutschen Volk nahe gebracht werden. Es duerfe im Reich die fruehre Diskriminierung der Polen nicht mehr laenger geduldet werden. Drei Jahre habe es gedauert, bis ihm die Abstellung dieses Unfuges gelungen sei. Es sei auch wichtig, in dieser Beziehung eine gewisse Erziehungsarbeit auch in der Partei zu leisten.

Ihm komme es darauf an, das Verhaeltnis von Deutschen und Polen in diese monumentale Sachlichkeit zurueckzufuehren. Die Energie des deutschen Menschen duerfe nicht mit einem voellig abwegigen Loesungsversuch, der nach dem Kriege in Angriff genommen werden koenne, ...-

H0705-0055

verplempert werden. Auf Befehl des Fuehrers wolle er fuer die Partei amtlich feststellen, dass eine irgendwie geartete Einsiedlungspolitik im Generalgouvernement vom Fuehrer in keiner Weise gebilligt werde. Das Verfahren Globocniks, mit Zwang im Distrikt Lublin Deutsche einzusiedeln, sei gegen den Willen des Fuehrers geschehen. An eine Ausrottung der Polen koenne nicht gedacht werden. Man muesse immer bedenken, dass 15 Millionen Polen nur 180 - bis 200 00 Deutsche gegenueber staenden. Die so oft kritisierte Frank-Tour gegen die Polen, deretwegen er von vielen unberufenen Menschen manches habe aushalten muessen, werde heut nicht mehr angegriffen. Die Partei sei also auf diesem Gebiete verpflichtet, diesen Kurs mitzumachen. Er habe sich gefreut, aus den Ausfuehrungen der Parteigenossen dafuer restloses Verstaendnis herauslesen zu koennen, . .

H0705-0056

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1, 2, 3, 4, Eintragungen vom 31. 5. 1944.

Besprechung mit Präsident Wille.

Präsident Wille überreicht dem Herrn Generalgouverneur einen Bericht über die Stellung der Rechtsanwälte im Generalgouvernement. Er weist darauf hin, dass die Rechtsanwälte ihren heimatlichen Anwaltkammern angehörten und dort auch ihre normalen Beiträge zahlten. Hinsichtlich des Kriegsausgleichsstocks sei durch eine besondere Verordnung eine vom Reich unabhängige Regelung getroffen worden.

Der Herr Generalgouverneur nimmt in längeren Ausführungen zu der Frage Stellung, wie im Generalgouvernement die Unabhängigkeit der Richter gewahrt werden kann. Jeder deutsche Bürger müsse in der Lage sein, sich eines Verteidigers zu bedienen und sich mit ihm häufiger zu besprechen. Im Generalgouvernement solle das Rechtsleben eine gewisse Unabhängigkeit geniessen, und Aufgabe des Leiters der Hauptabteilung Justiz sei es, die Richtlinien, die er, der Generalgouverneur, stets vertreten habe, jedem gegenüber zu vertreten. Sein Bestreben sei es, dass das Ansehen der Justiz im Generalgouvernement völlig aufrechterhalten bleibe. Was er persönlich dazu tun könne, um den Leiter der Hauptabteilung Justiz dabei autoritär zu fördern, werde geschehen. Das klare Bild der Rechtspflege im Generalgouvernement müsse sein: der Staatsanwalt sei der Vertreter der Staatsautorität und der Gemeinschaft, und der Richter stelle den angleichenden Faktor dar. Es sei auch sein Wunsch, dass die Richter des Generalgouvernements mehr als bisher öffentlich in Erscheinung treten, dass ferner die äussere Erscheinung der Richter in den Gerichtsverhandlungen etwas feierlicher werde. Auch in der Presse müsse in irgendeiner Weise darauf hingewiesen werden, dass sich die Rechtspflege des Generalgouvernements in einer Domäne der Unabhängigkeit bewege. ...

H0705-0057

Seite 3 und 4

Der Herr Generalgouverneur äussert in diesem Zusammenhang seine starken Bedenken gegen ausserordentliche Exekutionen, wie z. B. die Verschleppung von Personen in Konzentrationslagern. Im Hinblick auf die bisherigen Erfahrungen, die man mit der Sabotageverordnung gemacht habe, müsse man vielleicht dazu übergehen, die Bestimmungen dieser Verordnung ausser Kraft zu setzen. ...

H0705-0058

Franks Tagebuch, 1944, Sitzungen, Leitz-Ordner, Seite 9, 11, 12, Eintragungen vom 19.4.1944.

Regierungssitzung Mittwoch, den 19. April 1944 im Königssaal der Burg zu Krakau.

H0705-0059

Der Herr Generalgouverneur kommt in diesem Zusammenhang auf die Behandlung der polnischen Arbeiter im Reich zu sprechen. Auf seine wiederholt gestellten Anträge habe der Reichsführer SS Himmler die im Reich bisher übliche Bezeichnung der Polen und ihre Gleichstellung mit Juden und Zigeunern, in der eine starke Degradierung des Polentums gelegen habe, verboten.

Der Herr Generalgouverneur ersucht Staatssekretär Koppe, die Frage einer eingehenden Prüfung zu unterziehen. Jedenfalls wünsche er, dass zur Erleichterung der Arbeiterwerbung im Generalgouvernement die sinnlosen Sonderbehandlungsvorschriften beseitigt würden. Er könne sonst die Gewähr für eine Fortsetzung der Arbeiterwerbung nicht übernehmen. ...

H0705-0060

Franks Tagebuch, 1944, Leitz-Ordner, Seite 2, 3, 4, Eintragungen vom 6.6.1944.

Staatssekretär Koppe teilt mit, dass demnächst ein Grossunternehmen gegen die Banden im Bilgorajer Wald von seiten der Wehrmacht mit ganz ausgezeichneten Kräften in Angriff genommen werde. Die Führung dieses Unternehmens liege bei der Wehrmacht, aber auch die Polizei sei im Rahmen des nur denkbar Möglichen eingeschaltet.

H0705-0061

Seite 4

... Der Herr Generalgouverneur will unbedingt dafür gesorgt wissen, dass die harmlose Bevölkerung, die selber unter den Bandenterror leide, geschont werde.

H0705-0062

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 4, 5, 6, Eintragungen vom 6.6.1944.

Der Herr Generalgouverneur erklärt, dass er einen solchen Entscheid nie unterzeichnen würde, da er die Verbringung des Betreffenden in ein Konzentrationslager bedeute. Er habe immer aufs schärfste gegen das System der Konzentrationslager protestiert, denn in ihm liege der schärfste Verstoss gegen des Rechtsempfindens. Er hätte geglaubt, dass es für solche Dinge kein Konzentrationslager gebe, aber sie seien offenbar sillschweigend ingang gesetzt worden. Es könne nur so vorgegangen werden, dass die Personen zu einer bestimmten Zahl von Jahren Gefängnis oder Zuchthaus begnadigt würden. Die Zuchthausstrafe

H0705-0063

z. B. sei eine von staatlichen Organen zu vollstreckende und überprüfbare Strafe. Er bitte deshalb, dass Staatssekretär Dr. Bühler darüber informiert werde, dass er, der Generalgouverneur, solche Entscheidungen nicht unterzeichne. Er wünsche keine amtliche Bestätigung des Konzentrationslagers. Eine Begnadigung dahin, dass jemand ins Konzentrationslager gebracht werde, gebe es nicht. Die Standgerichte seien eine staatliche Justizeinrichtung ausserordentlichen Charakters, zusammengesetzt von Polizeiorganen, sie müssten eigentlich normalerweise mit Angehörigen der Wehrmacht besetzt werden.

H0705-0064

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner Seite 8, 24, Eintragungen vom 25.6.1944.

Staatssekretär Koppe spricht dann weiter von der moralischen Wirkung, die diese Aktion bis in das kleinste Dorf hinein ausgelöst habe. Leider müsse man feststellen, dass sich in dem durchgekämmten Waldgebiet bereits wieder eine kleine Bande von 15o Mann aus den entkommenen Banditen rekrutiert habe; sie werde aber von der Polizei sofort wieder angegriffen.

Die Worte des Staatssekretärs Koppe, dass bei dem Unternehmen eine grosse Anzahl Bandenhelfer festgenommen worden sei, veranlassen den Herrn Generalgouverneur zu der Erklärung, eine genaue Untersuchung darüber anzustellen, ob es sich auch wirklich um Bandenhelfer handle. Es müsse unbedingt vermieden werden, dass unschuldige Männer ihr Leben verlören.

Seite 24

Der Herr Generalgouverneur weist in seinen Schlussworten besonders eindringlich darauf hin, dass gegenüber dem Erfordernis, dieses Land und seine Bevölkerung in Ordnung, bei Ruhe und Arbeit zu halten, alle anderen Gesichtspunkte zurücktreten müssten. Eine sich verstärkende Unsicherheit des Landes dürfe daraum kein Anlass für eine terroristische Politik werden. Solange die Bevölkerung in den Fabriken arbeite, gebe es für ihn keine Notwendigkeit, seine Politik der Befriedigung zu ändern. ...

H0705-0065

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1a, 2a, 4a, 5a, 6a, 7c, 8a, 9a, 1oa, 1b, 4b, 5b, Eintragungen vom 4.7.1944.

Arbeitsbesprechung im Grünen Zimmer der Burg.

Seite 2 a

Präsident Dr. Eichholz gibt dann einen Überblick über den gegenwärtigen Stand der Schulverwaltung im Generalgouvernement und führt aus:

H0705-0066

Der Herr Generalgouverneur gibt der Hoffnung Ausdruck, dass es ihm gelingen werde, die Schaffung dieser polnischen Gymnasien durchzusetzen. Um dem Führer einen Dienst zu erweisen, fühle er sich für die europäische Rechtfertigung des deutschen Weltkampfes auf diesem Gebiet verpflichtet. Er behalte sich seine Entscheidung bis zum Anfang des Monats September vor.- Im übri-

H0705-0067

gen erklärt sich der Herr Generalgouverneur bereit, den polnischen Volksschulen hinsichtlich der Papierversorgung zu helfen. Auch die Schülerzeitschrift "Ster" verdiene nach wie vor grösste Beachtung. ...

Seite 1o a

Der Herr Generalgouverneur dankt den Berichterstattern für ihre interessanten und aufschlussreichen Aufführungen. Wenn man die Jahre der Entwicklung des Schulwesens im Generalgouvernement nach den heute von den Referenten der Hauptabteilung und den Abteilungsleitern der Distriktsverwaltungen erstatteten Berichten überschaue, dann könne man feststellen, dass man in dieser Entwicklung an einen Punkt gekommen sei, von dem aus abgesehen von den kriegsbedingten Ereignissen noch weitere Momente in den Vordergrund gerückt werden müssten. Der Herr Generalgouverneur fasst dann das Ergebnis der Beratung zusammen und trifft folgende Feststellung:

1.) Es kann ohne weiteres genehmigt werden, dass in den beiden letzten Klassen der Volksschule der Deutschunterricht in dem erforderlichen Masse eingeführt wird.

2.) Die Fortsetzung des polnischen Bildungswesens auf einer höheren Ebene in Gestalt polnischer Gymnasien kann erwogen werden. Darüber sind dem Generalgouverneur endgültige Vorschläge zu machen. Die Verkündigung der Wiedererrichtung polnischer Gymnasien kann gegebenenfalls am Jahrestage des Generalgouvernements stattfinden.

Seite 1b

Am Schluss der Arbeitsbesprechung ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort und führt aus:

Ich möchte zunächst ganz allgemein sagen: Die Schule und die Erziehung der Kinder sind im Generalgouvernement ausschliesslich Sache des Staates. Ich wünsche dass das ganz klar herausgestellt wird. Sie können sich dabei auf meine volle Autorität berufen.

H0705-0068

Ich gedenke auch, hier keinerlei Konzessionen zu machen; denn die Konzessionen, die gemacht würden, würden nur zu dilettantischen Nebenschulsystemen führen, die ich unter keinen Umständen dulden kann. Ich lehne das völlig ab, weil ich mir einen solchen Luxus in diesem neuen Bereich nicht gestatten kann. Ich kenne nur ein einziges Schulsystem, und das ist staatlich. Die Aufgaben, die die Partei der Hitler-Jugend übertragen kann, sind gegenüber anderen Notwendigkeiten so überreich, dass ich als Führer der Partei im Generalgouvernement die Hitler-Jugend so zu beschäftigen wissen werde, dass irgendeine Art der Zersetzung oder des Auseinanderarbeitens auf dem herrlichen Gebiet der Jugenderziehung zwischen einer Parteiorganisation und der staatlichen Organisation der Schule in diesem Raum sich nicht irgendwie autoritär wird durchsetzen können. Ich verteidige hiermit eines der Prinzipien, durch deren Befolgung das deutsche Volk gross geworden ist. Ich möchte also haben, dass Sie diesen meinen Willen gegenüber jeder anderen Dienststelle rückhaltslos vertreten.

H0705-0069

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1, 3, Eintragungen vom 7.7.1944.

Der Herr Generalgouverneur empfängt Bankdirigent Präsident Dr. Pärsch und die Abteilungs= und Filialleiter der Emissionsbank und der Bankaufsichtsstelle.

Nachdem Präsident Dr. Pärsch einen Überblick über Entstehungsgeschichte, Arbeit und Aufgaben der Emissionsbank, sowie der Bankenaufsichtsstelle gegeben hat, ergreift der Herr Generalgouverneur das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 3

... Ich bin mir dessen sehr wohl bewusst, dass diese Leistungen nur möglich waren, weil auch das Gros der Bevölkerung, nämlich die Millionenmasse der Polen und Ukrainer in diesem Lande, ein gewisses Vertrauen zur deutschen Führung gewinnen konnte. Sie wissen, wie schwer es war, dem Reich gegenüber klarzulegen, wie wichtig gerade die vorsorgliche Behandlung der fremdvölkischen Bevölkerung in allen Teilen ist. ...

H0705-0070

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 6, Eintragungen vom 10.7.1944.

Referent von Palezieux weist dann darauf hin, dass die gesamten Kunstschätze, vor allem in Gestalt der wertvollen Bilder, auf der Burg untergebracht seien. Es handle sich hier um internationales Kunstgut, das vielleicht am zweckmässigsten im Burgbereich an seiner bisherigen Stelle belassen werden könnte.

Der Herr Generalgouverneur weist Referent Palezieux an, ein genaues Verzeichnis dieser Kunstgegenstände aufstellen zu lassen. Einem einwandfreien Polen, der im Burgbereich bleiben könnte, müssen von Referent von Palezieux die Schlüssel übergeben werden. Er, der Herr Generalgouverneur, wolle unter keinen Umständen etwas mitnehmen, was Staatseigentum sei.

H0705-0071

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, Seite 1, 13, 14, Eintragungen vom 19.7.1944.

Arbeitssitzung im Grünen Zimmer in Anwesenheit des Staatssekretär Dr. Stuckart vom Reichsministerium.

Thema: Reichsverteidigungsangelegenheiten.

Der Herr Generalgouverneur erklärt in diesem Zusammenhang, dass das ganze Polenproblem einmal im Sinne der Verwaltung des Generalgouvernements bereinigt werden müsse. Die Polen hätten sich verdient, dass sie für eine europäische Zusammenarbeit als absolut geeignet angesehen würden.

Seite 14

Präsident Dr. von Graushaar fährt fort, dass die tadellose Haltung der in einem Lager zusammengezogenen 15 bis 2o jährigen Ukrainer ein kleines Beispiel dafür sei. Ständig kämen Polen mit der Bitte, in das Lager aufgenommen zu werden. Er halte es für notwendig und politisch begründet, dass man jetzt auch junge Polen für den Flakhelferdienst heranziehe.

Ein weiteres Beispiel für die loyale Haltung der Polen sei die Tatsache, dass im Erdölgebiet bis 2o ooo Polen nur 2o deutsche Aufsichtskräfte und ein geschickter Direktor arbeiteten, und dass im ganzen Gebiet nicht ein Streik ausgebrochen sei. ....

H0705-0072

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner E. v. 4. 8. 1944 Seite 3,4,5

Seite 3

Auf Grund der ihm von Gouverneur Dr. Fischer und General Stahel erstatteten Berichte richtet der Herr Generalgouverneur das nachstehende Fernschreiben an Herrn Reichsminister Dr. Lammers.:

"Nach den übereinstimmenden Berichten des Kampfkommandanten General Stahel und des Gouverneurs Dr. Fischer, die beide in treuer, unermüdlicher Zusammenarbeit inmitten des konzentrischen Ringens der Aufständischen ihre Pflicht erfüllen, ergibt sich heute abend folgende Lage: .....

Seite 4

.... Die Bevölkerung verhält sich im grossen und ganzen jetzt den Aufständischen gegenüber sehr zurückhaltend. Die Aufständischen müssen teilweise ausserordentlichen Zwang anwenden, um Bevölkerungsteile für den Bau der Barrikaden zu bekommen. Von General Stahel werden zahlreiche Fälle mitgeteilt, in denen deutsche Soldaten des Heeres und der Waffen - SS von der Bevölkerung sogar vor den Aufständischen wieder befreit oder gerettet wurden und nur durch die Hilfe der Bevölkerung zu ihren Truppenteilen zurückkommen konnten. Die nicht militärisch zusammengeschlossenen Aufständischen also die sog. mitkämpfenden Mitläufer, beginnen allmählich sich aus den Reihen der Aufständischen zu lösen und versuchen, in den Vorstädten wieder in Unerkannte zu verschwinden. .....

H0705-0073

Franks Tagebuch 1944, Leitz-Ordner, E. v. 5.8.1944, Seite 1,2,3.

Besprechung mit Herrn Präsidenten Dr. von Craushaar, zu der später Oberregierungsrat Dr. Luxenberg und Kreishauptmann Schwender hinzugezogen werden.

Seite 2

Im Zusammenhang damit regt der Herr Generalgouverneur an, dass nunmehr die gross ausgearbeitete Denkschrift über die Behandlung des Polentums und die Verbindung der deutschen Politik mit polnischen Strömungen an den SS-Obergruppenführer Kaltenbrunner abgeschickt wird. Er habe auch darüber mit SS-Oberführer Bierkampf gesprochen, der ebenfalls der Meinung sei, dass jetzt der Zeitpunkt gekommen wäre, um diese Polenpolitik nochmals in Form einer Denkschrift an die obersten Führungsstellen des Reiches zu bringen.

Der Herr Generalgouverneur erklärt sich dazu bereit.

Seite 3

Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg übermittelt im Auftrage des Auswärtigen Amtes des Herrn Generalgouverneur eine vertrauliche Nachricht, nach welcher Möglichkeiten bestünden, dass zwischen der deutschen und der polnischen Exilregierung Verbindung über einen vertraulichen Verbindungsmann aufgenommen werden könnten.

Der Herr Generalgouverneur bittet Botschaftsrat Dr. Schumburg, festzustellen, welche Stellung Reichsaussenminister Ribbentrop zu dieser Mitteilung aus Budapest einnehme und erklärt sich bereit, einmal gemeinschaftlich mit Reichsaussenminister Ribbentrop persönlich über diese Angelegenheit zu sprechen.

H0705-0074

Franks Tagebuch 1944, Seite 1, 3, 4, 5, 8, 1o, 11, Eintragungen vom 4. September 1944.

Besprechung mit Staatssekretär Dr. Bühler, Staatssekretär Koppe, Präsident Dr. von Craushaar, Gouverneur Kundt, Botschaftsrat Dr. Schumburg und Gouverneur Dr. von Burgsdorff.

Seite 3

Der Herr Generalgouverneur ist gewillt, wie sich die Lage auch entwickle, an dem von ihm eingeschlagenen Kurs festzuhalten. Er werde sein Bestreben darauf lenken, jede Gelegenheit auszunutzen, um die Stimmung in der polnischen Bevölkerung zu bereinigen. An seiner grundsätzlichen Einstellung werde sich nichts ändern. Er werde das auch positiv dem Führerhauptquartie mitteilen.

H0705-0075

Seite 8

Der Herr Generalgouverneur geht bei seinen Vorschlägen von der Voraussetzung aus, dass allgemein eine gewisse Vermenschlichung, eine Vereuropäisierung und eine völlig gerechte Behandlung des Polentums eintreten müssten. Für Millionen polnischer Arbeiter und Bediensteter treffe es einfach nicht zu, dass jeder Pole ein Gauner sei. Weiter bedürfe es einer grundsätzlichen Änderung der Einstellung des SD. Darüber hinaus müssten selbstverständlich auch entsprechende Weisungen vom Reich kommen. Voraussetzung für diese Politik sei ferner die völlige Umstellung auch der letzten Teile, die an der alten Ausrottungs=, Zerstörungs= und Degradierungspolitik mit aller Gewalt festhalten wollten. In ganz Europa seien aus dieser furchtbaren Verkennung der Wirklichkeit im Laufe der Jahre ungeheure Schäden entstanden. Demgegenüber müsse man jetzt zu einer inneren aufflammenden europäischen Verantwortung kommen.

Seite 1o

Der Herr Generalgouverneur fasst das Ergebnis der Beratung zusammen. Er ersucht dann Staatssekretär Dr. Bühler, Gouverneur Dr. Fischer zu beauftragen, in seinem, des Generalgouverneurs Namen, das Angebot an die Aufständischen zu machen, unter der Voraussetzung, dass Obergruppenführer von den Bach damit einverstanden ist.- Wass die allgemeine Polenpolitik angehe, so sei abzuwarten, wie sich die Zusammenarbeit in der nächsten Zeit entwickle. Er würde dann einen eingehend begründeten Vorschlag unmittelbar dem Führer überreichen. Von diesem Vorschlag müssten auch Reichsführer SS Himmer, Reichsminister Dr. Lammers und

H0705-0076

Reichsleiter Bormann in Kenntnis gesetzt werden. Die Frage, welche Richtung in der Polenpolitik endgültig eingehalten werden solle, müsse der Führer entscheiden. Sollte der Vorschlag wirklich wieder abgelehnt werden, dann könne er die Verantwortung für die Dinge nicht mehr tragen.

H0705-0077

Franks Tagebuch 1944, Seite 1, 3, 16, 17. Eintragungen vom 5. September 1944.

Eröffnung eines Schulungskurses für NS-Führungsoffiziere der Heeresgruppe Nord-Ukraine.

Seite 3

Generalgouverneur Dr. Frank ergreift darauf das Wort zu folgender Rede:

Seite 16

.... Wir haben hier nun ein Problem zu betreuen, auf das ich ganz zum Schluss noch eingehen will, das Polenproblem. Wir haben im Rumpf-Generalgouvernement eine Bevölkerung von annähernd 16 Millionen. Diese 16 Millionen sind uns anvertraut und aufgegeben. Die Theorie, dass alle diese Fremdvölker, deren Herren wir geworden sind, rechtlos seien, ist falsch. Wir haben gerade, weil wir das neue Europa aufbauen wollen, diesen fremden Völkern gegenüber selbstverständlich nicht nur Rechte, sondern auch Pflichten. Daher ist die Polenpolitik des Deutschen Reiches, die wir nunmehr mit Intensivität vorwärtsführen wollen, davon abhängig, dass wir klar einsehen: Die deutsche Führung dieses Raumes ist von einer fremdvölkischen Bevölkerung zu tragen, die letzten Endes in der Zugehörigkeit zur deutschen Reichszone eine irgendwie geartete eigene Lebenssicherung erblickt. Die Theorie von der totalen Ausrottung, der restlosen Versklavung, der völligen Rechtlosmachung ist ein schwerer Vorstoss gegen die Interessen unseres Vaterlandes. Daher müssen gerade wir betonen: das deutsche Volk und das Deutsche Reich müssen Verständnis dafür aufbringen, das es Aufgabe der massgeblichen, in diesen fremden Gebieten eingesetzten Repräsentaten ist, diese Bevölkerung immer wieder aufzurichten, sie mit dem Glauben an

H0705-0078

Deutschland zu erfüllen, sie gerecht zu behandeln, ihr gewisse kulturelle und religiöse Eigentünlichkeiten sicherzustellen.

H0705-0079

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944 Seite 2,3,4 Eintragungen vom 15.9.1944

Besprechung mit dem Staatssekretären Dr.Bühler und Koppe.

Die beiden Staatssekretäre erstatten dem Herrn Generalgouverneur Bericht aus ihren Ressort.

Gegenstand der Besprechung ist weiter der Komplex des Lagers Majdanek bei Lublin. Von diesem Lager werde, wie der Herr Generalgouverneur betont, z.Zt. in der Weltpresse in ganz grosser Aufmachung gesprochen und unter Bezugnahme auf dieses Lager gegen Deutschland gehetzt.

Staatssekretär Dr.Bühler stellt fest, dass über diese Angelegenheit der Regierung des Generalgouvernements nichts bekannt sei, da sie keinen Einblick in solche Lager irgendwann einmal. besessen habe, da diese Lager grundsätzlich ausschliesslich und direkt von der Berliner SS- und Polizeizentrale eingerichtet, geleitet und in ihrer Gesamtführung, der Verwaltung und ihrem Gesamtgeschehen lediglich von dem Berliner Zentralstellen verantwortet werden müssen. Die Anberaumung einer Regierungssitzung zur Besprechung dieses Themas sei aber inopportun; man müsse sich mit dieser Feststellung begnügen.

Der Herr Generalgouverneur stimmt dieser Auffassung zu, bestätigt auch, dass die Regierung des Generalgouvernements und alle Dienststellen einschliesslich des Distrikts Lublin keine Verantwortung für dieses Lagergeschehen träfe, da sie ausschliesslich bei den früheren Höheren SS- und Polizeiführer Krüger, bzw. bei den zuständigen Reichsinstanzen liege.

H0705-0080

Franks Tagebuch 1944, Seite 4, Eintragung vom 15.9.1944

Besprechung mit Botschaftsrat Dr. Schumburg.

Botschaftsrat Dr. Schumburg teilt dem Herrn Generalgouverneur mit, dass er auf Wunsch des Staatssekretärs Dr. Bühler vor einigen Tagen vor den Botschaftern und Gesandten des Auswärtigen Amtes über die Polenpolitik berichtet und dabei die Grundsätze des Herrn Generalgouverneurs vorgetragen habe. Er sei mit seinen Ausführungen auf grosses Verständnis und auf Zustimmung gestossen. In der Frage Warschau sehe er der weiteren Initiative entgegen und glaube, dass es vielleicht doch möglich sei, die unter General Bor kämpfenden Aufständischen angesichts des völligen Versagens Englands, Amerikas und der Sowjetunion in der Polenfrage durch ein vernünftiges Waffenstillstandsangebot nach den vom Generalgouverneur vorgeschlagenen Bedingungen auf die Seite der Deutschen zu bekommen. Im übrigen stehe jetzt die Polenpolitik irgendwie im Mittelpunkt der gesamten europäischen Interessen.

H0705-0081

2233 - PS

Franks Tagebuch, Leitz-Ordner 1.1.44 - 28.2.44 und
16.1.45 - 29.3.45
Eintragung vom 4. 1. 44

---

17 05 der Herr Generalgouverneur empfaengt Dr. von Burgsdorff.

Der Herr Generalgouverneur gibt dem Gouverneur Dr. von Burgsdorff dann einige Weisungen fuer sein nunmehrige Taetigkeit. Es werde seine Aufgabe sein, sich grundlich ueber alle massgebenden Verhaeltnisse im Distrikt zu informieren. Vor allem muesse das Bestreben des Gouverneurs darauf gerichtet sein, etwaigen Uebergriffen der Polizei mit Entschiedenheit entgegenzutreten. . .

H0705-0082

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944/45, Leitz-Ordner 1.1.44 -28.2.44 und
16.1.45 -29.3.45

Eintragungen vom 12.1.44, Seite 1. 4. 11, 12, 13. 14

Seite 1

Der Herr Generalgouverneur nimmt an der Schlussitzung der 3. Deutschen Landwirtschaftlichen Fuehrertagung im Generalgouvernement teil, die in den Kurlichtspielen in Zakopane stattfindt.

Seite 4

Der Herr Generalgouverneur ergreift darauf das Wort zu folgender Ansprache:

Seite 11

. . . Damit komme ich auf eine der wichtigsten Fragen, naemlich auf die Behandlung des fremden Volkstums in diesem Raum.

Dieses fremdvoelkische Volkstum hat sich unter Ihrer fachlichen vertrauensvollen Fuehrung zu einem wichtigen Arbeitsfaktor emporentwickelt. Ich glaube, dass wir darin eines der Ergebnisse einer vernuenftigen schonenden fremdvoelkischen Behandlungstaktik erblicken koennen.

(Lebhafter Beifall).

Was an mir liegt, wird geschehen, um diesen, ich moechte

H0705-0083

sagen, europaeischen Gesichtspunkt einer vernunftvollen Behandlung der fremdvoelkischen Belange in diesem Raum weiter durchzusetzen.

Sie wissen auch, dass manchem von uns der Vorwurf der Polenfreundlichkeit gemacht wurde, weil man Massnahmen, die wir pfleglich diesem Lande gegeben oder gewaehrt haben, als einseitig vom Poleninteresse diktiert angesehen hat. Wenn aber der polnische Bauer seine Aecker in Frieden bestellt, seine Ernte bringt und abliefert, dann ist seine gute und verstaendige Behandlung keine im Vordergrund polnischen Interesses stehende Angelegenheit, sondern ausschliesslich als von dem allgemeinen deutschen Fuehrungs- und Ertragsinteresse diktiert anzusehen.

H0705-0084

Aus alledem ergibt sich: wir sind dazu berufen, die Arbeitskraft, die Gesundheit, den Arbeitswillen und auch - sagen wir es ruhig - die Lebensfreude der Bevoelkerung zu erhalten....

H0705-0085

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944/45, Leitz-Ordner 1.1.44 - 28.2.44 und
16.1.44 - 29.3.45

Eintragungen vom 14.1.44, Seite 11, 15

Seite 11

Besprechung mit den Staatssekretaeren Dr. Buehler, Koppe, Dr. Boepple, Praesident Ohlenbusch, Befehlshaber der Sicherheitspolizei SS-Oberfuehrer Bierkamp, Pressechef Gassner, Oberlandesverwaltungsrat Weihrauch und Buergermeister Tuerk.

Seite 15

SS-Oberfuehrer Bierkamp weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass im Laufe des Jahres 1944 noch 100 000 Arbeiter aus dem Generalgouvernement ins Reich geschafft werden muessten, und wirft die Frage auf, ob nicht ein grosser Teil der jetzt von den fremdvoelkischen ins Reich gebrachten Menschen auf das Kontingent des Generalgouvernements angerechnet werden koenne. Im uebrigen wehre er sich dagegen, dass durch die Polizei wieder zwangsweise Menschen zur Arbeit in Reich erfasst wuerden.

Der Herr Generalgouverneur wendet sich mit Entschiedenheit dagegen, dass Polizeikraefte zur Durchfuehrung solcher Massnahmen in Anspruch genommen wurden. Eine solche Aufgabe gehoere nicht in den Bereich der Polizei.

H0705-0086

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944/45, Leitz-Ordner, 1.1.44 - 28.2.44 und 16.1.45 - 29.3.45

Eintragungen vom 1. 2. 44, Seite 3, 4, 11. 12

Seite 3

Arbeitsbesprechung im Koenigssaal der Burg.

Anwesend sind: Die Staatssekretaere Dr. Buehler, Koppe und Dr. Boepple, Hauptabschnittsleiter Stahl, die Praesidenten Gerteis, Naumann, Emmerich, Senkowsky und Ohlenbusch, Regierungskommissar Dr. Heuber, Oberst Fischer und Pressechef Gaessner.

Seite 11

Praesident Naumann bringt dann folgende Gedanken zum Ausdruck: . . . Betrachte man die letzten Jahre im Generalgouvernement dann koenne man feststellen, dass wir Deutsche dem polnischen Landvolk praktisch viel mehr gebracht, als wir ihm genommen hatten: an Erfahrung, an Aufbau, an Entwicklung der Ernaehrungswirtschaft, der Saatgutwirtschaft und all der Dinge, die jedem einzelnen polnischen Bauern zugute gekommen seien und kaemen. Was die Regierung des Generalgouvernements im Laufe der letzten vier Jahre fuer das polnische Landvolk aufgebracht habe, das haetten die Polen

H0705-0087

nicht im entferntesten waehrend der letzten zwanzig Jahre aufgebracht. Die Parole, die der Herr Generalgouverneur in seiner letzten Rede vor der Deutschen Inlandspresse in Berlin aufgestellt habe, sei 100%ig richtig.

H0705-0088

2233 - PS

Franks Tagebuch 1944/45, Leitz-Ordner, 1.1.44 - 28.2.44 und
16.1.45 - 29.3.45

Eintragungen vom 17.2.44, Seite 2, 8, 9 und 1o

Seite 2

Feierliche Verabschiedung des bisherigen stellvertretenden Leiters des Arbeitsbereiches Generalgouvernement der NSDAP., Hauptabschnittsleiter Stahl (V.i.A.) und Amtseinführung von Oberdienstleiter Tiessler als stellvertretender Leiter durch den Herrn Generalgouverneur im Hause der NSDAP.

Der Herr Generalgouverneur hält dabei folgende Rede:

Seite 8

. . . Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang jener jahrelangen Hetzwelle gedenken, die gegen mich persönlich und gegen unser aller Arbeit von hämischen Neidlingen unausgesetzt vorgebracht und systematisch gepflegt wurde. Eine Zeit lang war es Mode, dass man das Generalgouvernement als Gängstergau bezeichnete, dass man uns Karruptionisten nannte, dass man keinen noch so schmutzigen Vorwurf ablehnte, um uns zu treffen. Ich habe diese Schmutzflut ertragen, weil ich wusste, dass einmal die Stunde kommen würde, in der der Führer mir und meiner Arbeit würde Gerechtigkeit zuteil werden lassen. Ich stehe nicht an, zu erklären, dass ich auch wusste, dass der Führer diese Schmutzflut schliesslich erkennen würde. Diesen Glauben trug ich sieghaft als Stärke in mir, als man nicht einmal davor zurückschreckte, meine persönliche Ehre in Mitleidenschaft zu ziehen, Diese Typen hab n uns im Laufe der letzten Monate mehr und mehr verlassen, und seien Sie überzeugt, dass ich nicht ruhen werde, bis auch die Letzten diesen Raum verlassen haben, die sich in dieser schwarzen Flut bewegt haben.

H0705-0089

Heute sind das Feld und das Schild klar; heute ist das durchgestanden, was man im Leben immer durchstehen muss, wenn man etwas Grosses aufbaut. Als der Führer die Rede nach genauer Durchstudierung zurückgab, die ich tags darauf vor der Auslandspresse in seinem Auftrag hielt, sagte er, welch ein Glück, dass diese Rede gehalten werden kann! So ernst und tief sieht der Führer die Richtigkeit unserer Aufbaupolitik in diesem Raum. Und sie entsinnen sich, wie man vor keinem Mittel zurückschreckte,mich als Polenfreund zu verdächtigen. Es gab keinen Vorwurf, den nicht gewisse Znetralen des Reiches immer wieder gegen mich erhoben, da sie den Wahnsinn wollten, mitten im Krieg nationalsozialistische oder nationale oder Siedlungsprobleme auszutragen.

. . . Alles hat nun der Führer bestätigt. Ich habe in meine Reden alles das aufgenommen, was mir in den letzten Jahren zum Vorwurf gemacht wurde; ich erinnere nur an die Philharmonie, an die Fachschulkurse in Lemberg, an die Probleme der Schule und der katholischen Kirche in diesem Gau, wie bin ich deswegen angefeindet worden. Jetzt schweigen unsere Gegner, weil der Führer selbst erklärt hat, dass unsere Politik die einzig richtige Politik ist.

H0705-0090